Abonnements-Preis:
Mittag- und Abend-Ausgabe bei Abholung in der Geschäftsstelle M. 3.30, bei der Post M. 4. Sonntags-Ausgabe in Stadt- und Landbezirk 90 Pf., bei der Post M. 1. Wöchentliche Beilage „Fürs Haus“ und „Blumen“ 10 Pf. Die jeden Monat erscheinende illustrirte Beilage „Bücherwelt“ gratis.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Krefeld.

Niederrheinische Volkszeitung.

Insertions-Preis:
Die Petitzeile im Abonnentenkreise 15 Pf., bei einmaliger Gratis-Aufnahme in der „Krefelder Stadt-Anzeiger“, außerhalb des Abonnentenkreises 20 Pf.; bei Wiederholungen Rabatt. Beilagen-Gebühren pro 1000 M. 6.- Reklame-Zeile 30 Pf. Offerten-Annahme 20 Pf. Bei Franko-Anfragen 10 Pf. für Rückporto.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße 47.
Telephon-Anschluß 338.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lerch für den redaktionellen Theil. — 52. Jahrgang. — Druck und Verlag der J. B. Klein'schen Buchdruckerei, M. Buschen.

Nr. 171. — Krefeld, Freitag, den 30. März (Quirinus) — 1900.

Mittag-Ausgabe.

△ Die Flottenkommission

hat sich bis zum 25. April vertagt, ohne die von den Zentrumsmitgliedern gestellten Fragen erledigt zu haben. In der gestrigen Sitzung wurde nur über zwei Punkte verhandelt: die Gewinne der Plattenlieferanten und die Deckungsfrage. Frhr. v. Stumm hat an den Vorsitzenden der Kommission, Abg. v. Kardorff, ein Schreiben gerichtet, worin er die Zeitungsangaben über seinen und Krupps Gewinn an den neuen Schiffen als unsinnig bezeichnet. Krupp und die Dillinger Hütte woran Frhr. v. Stumm nach seiner Angabe mit einem Achtel des Kapitals betheiligt ist, würden nur für 113 Millionen M. zu liefern haben. Selbst wenn die Hälfte daran verdient würde, würden auf jede Firma nur 28 Millionen fallen.

Für uns kommen die Personen und Firmen, die an dem Schiffsbau verdienen, gar nicht weiter in Betracht. Daß bei den Lieferungen verdient wird, ist selbstverständlich. Daß der Gewinn ein anschnlicher ist, kann auch keinen Anstoß erregen, denn die Panzerplattenwerke erfordern kostspielige Anlagen und die Fabrikation ist mit einem großen Risiko verbunden. Es handelt sich nur darum, ob der Gewinn ein ungebührlich hoher ist und das Reich selbst die Panzerung würde billiger herstellen können. Die Verdienste des Herrn Krupp um die deutsche Industrie, die verschiedentlich herausgestrichen wurden, können keinen Grund abgeben, ihm mehr zu zahlen, als nöthig ist. Da hat nun der Abg. Müller-Fulda alsbald nachgewiesen, daß in Stumms Briefe nur die Neubauten, nicht die Ersatzbauten berechnet sind. Diese mitgerechnet würde sich ein Aufwand von 260 Millionen für Panzermaterial ergeben; wenn davon die Hälfte Gewinn ist, so fallen auf jede Firma schon 65 Millionen. Unter Berufung auf den englischen Saatssekretär Goschen wies Abg. Müller-Fulda ferner nach, daß England seine Schiffe um 20 Prozent billiger baut. Man kann dagegen nicht wohl einwenden, unsere Schiffe seien besser. Die Engländer verstehen sich doch auch auf die Sache. Ebenso wenig ist der Preisunterschied damit zu erklären, daß Kohlen usw den englischen Werken leichter zur Hand seien; sind doch auch die Löhne in England höher. Lassen die Schiffe sich aber 20 Proz. billiger herstellen, dann können wir bei der neuen Vorlage, wie Abg. Müller-Fulda ausrechnete, 248 Millionen sparen, ein Betrag, der für 10 große Linienschiffe ausreichen würde.

Begreiflicherweise fand der Gedanke, ein Nickelstahlpanzer-Werk auf Reichskosten zu errichten, bei der Mehrheit der Kommission und bei dem Reichsmarineamt nicht alsbald Anklang. Es war ja auch nur gefragt worden, ob die Errichtung nicht in Erwägung zu ziehen sei. Dagegen war die Kommissionsmehrheit durchaus der Ansicht, daß die Gewinnfrage möglichst klargestellt werden müsse. Der Staatssekretär versprach, in dieser Hinsicht zu thun, was er könne. Wenn nun auch der Staat kein eigenes Werk anlegt, so bleibt doch wünschenswerth, daß die Krupp- und Dillinger-Hütte nicht konkurrenzlos dastehen, man also andere Werke zur Herstellung der Panzerplatten ermuthigt und dabei unterstützt, oder einmal wieder im Auslande bauen läßt. Wird ein neuer Konkurrent zugelassen, so ist freilich zu besorgen, daß er sich bald mit den beiden andern verbindet.

Sehr eingehend wurde die Deckungsfrage erörtert. Die Zentrumsmitglieder stellten sich auf den Standpunkt: Die Anleihewirthschaft geht nicht so weiter, vielmehr muß jede Generation ihre Flotte selbst bezahlen; die Deckungsfrage darf nicht wie in dem Gesetze von 1898, bloß negativ, sondern muß positiv gelöst werden, und zwar müssen die stärkeren Schultern und die Interessenten die Kosten tragen. Der Reichsschatzamtssekretär war einer Verdoppelung des Lotteriestempels, die 17 Millionen, und der Einführung einer Steuer auf Saccharin, die 13 Millionen bringen werde, geneigt. Auch mit einer Konnossement- und Passagierbillet-Steuer war er einverstanden, doch wußte er noch nicht recht, wie sie aussehen solle und welchen Ertrag sie liefern werde. Ein Fixstempel würde nur 1 bis 1½ Millionen bringen. Abg. Müller-Fulda meint, die Konnossementssteuer müsse prozentual vom Frachtwerthe erhoben werden. Außer der Verdoppelung des Lotteriestempels empfahl er eine Erhöhung der Börsensteuer, namentlich für ausländische Papiere. Beide zusammen könnten 25 Millionen ergeben. Der Vertreter für Bremen, Abg. Frese erklärte sich mit einer Konnossementsteuer von ½ Proz. vom Werthe einverstanden. Abg. Gröber hatte große Neigung für eine Reichserbschaftssteuer. Abg. Dr. Paasche empfahl noch eine Schaumweinsteuer. Bei einer deutschen Produktion von 10 Millionen Flaschen würde eine Steuer von 50 Pfg. 5 Millionen bringen. Dazu käme noch ein Zollzuschlag für ausländischen Champagner. Der Abg. v. Kardorff glaubte 25 Mill. aus einer Steuer auf die Fahrkarten I. und II. Klasse erzielen zu können. Mit einer solchen Steuer war auch der nationalliberale Abg. Büsing einverstanden, während Abg Gröber und Andere widersprachen. Ein Champagnerfabrikant hat noch, wie Abg. Müller-Fulda mittheilte, eine Tarifsteuer empfohlen.

Man sieht, an brauchbaren Vorschlägen fehlt es nicht. Das ist ein Erfolg, dessen das Zentrum sich rühmen darf. Während bei der ersten Lesung noch die entscheidenden Parteien von der vorhergehenden Lösung der Deckungsfrage nichts hören wollten, erkennt man sie jetzt als selbstverständlich an und macht Vorschläge in Menge. Die Konservativen und ein Theil der Nationalliberalen möchten gerne die Lasten noch immer auf die breite Masse des Volkes legen unter dem Vorwande, die Gesammtheit, insbesondere die Arbeiterschaft habe große Vortheile von der Flotte. Allein damit kommt man ebenso wenig durch wie mit dem Pumpsystem. Ohne Zweifel wird die Deckungsfrage so gelöst, wie das Zentrum will.

Damit ist aber, wohlgemerkt, noch keineswegs gesagt, daß das Zentrum alsdann der Vorlage, wie sie ist, zustimmen werde. Ueber den materiellen Inhalt der Vorlage ist noch gar nicht verhandelt worden. Es bleiben auch zunächst noch verschiedene andere Fragen zu prüfen. So haben die Ausführungen des Reichsschatzamtssekretärs über die voraussichtliche Entwickelung der Reichsfinanzen nicht befriedigt. Er hat keine Uebersicht über die muthmaßlichen Ausgaben gegeben und sich bei den Einnahmen der Zukunft nur an die letzten 5 Jahre gehalten, die besonders günstig waren. Weiter fehlt noch die Prüfung der konstitutionellen Frage, der Frage, wie der Limitirungs-Paragraph des Flottengesetzes von 1898 mit der Vorlage zu vereinbaren ist u. s. w. Von besonderer Bedeutung ist sodann, daß die Bestimmung über die Ersatzbauten in der Vorlage ganz unberührt gelassen wird. Die Begründung spricht zwar davon, daß gewisse fällig werdende Ersatzbauten zurückgestellt werden sollten; allein wenn die neue Vorlage bewilligt ist, kann die Regierung sich auf das Gesetz von 1898 berufen und verlangen, daß die fälligen Ersatzbauten zu der gesetzlich vorgesehenen Frist in Angriff genommen werden. Dagegen muß Vorkehrung getroffen werden. Das kann um so eher geschehen, als die Regierung in der Begründung ja selbst zugibt, daß die Schiffe länger aushalten. Endlich wünscht der Fragebogen bekanntlich noch Auskunft, wie die Interessen der Landwirthschaft bei der Flottenverstärkung gewahrt werden sollen. Somit bleiben noch viele Fragen zu erörtern, ehe man zu der Frage kommt, ob und welche Schiffe bewilligt werden sollen.

CPC. Landtags-Verhandlungen.

(Unberechtigter Nachdruck, auch theilweiser, untersagt.)

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom 29. März.

Eröffnung 11¼ Uhr.

Am Ministertische: Kultusminister Studt.

Interpellation der Abgg. Baensch-Schmidtlein (frk.) und Genossen. Dieselbe ist unterzeichnet von den Mitgliedern der freikonservativen und nationalliberalen Fraktion und lautet:

„Welche Maßregeln gedenkt die königliche Staatsregierung zur Beseitigung der immer schwerer empfundenen Mißstände und Ungerechtigkeiten in Bezug auf die Unterhaltung der Volksschulen zu ergreifen?“

Kultusminister Studt erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Baensch-Schmidtlein (ntl.): Redner betont, daß seit 1897 die Frage der Schulunterhaltungspflicht in der ausgiebigsten Weise erörtert sei. Das ganze Haus sei darin einig, daß den schwer bedrückten Gemeinden geholfen werden müßte. Leider sei trotz des Drangens des Hauses in dieser Beziehung nichts geschehen. Inzwischen hätten sich aber die Lasten in Folge des Lehrerbesoldungsgesetzes noch erheblich vergrößert und die Gemeinden seien vielfach nicht mehr in der Lage, sie zu tragen. Die Regierung zeige ja bei der Einrichtung von Schulen und der Schaffung von Neubauten Entgegenkommen aber dieses stelle sich nur als Gnadenakt dar, während die Gemeinden doch ein Recht auf die Beihülfe des Staates hätten. Bei dem Herrauwachsen der Industrie sei in die Gemeinden vielfach ein Heer von Beamten und Arbeitern gekommen, die zu den Lasten nichts beitrügen, wohl aber dieselben erheblich vergrößerten. Alle Kreise der Bevölkerung, insbesondere der landwirthschaftlichen, könnten eine Beendigung dieser verrotteten Zustände herbei. Er bitte den Minister dringend, noch in dieser Session eine Vorlage zu bringen, durch welche die immer schwereren Mißstände und Ungerechtigkeiten bezüglich der Unterhaltungspflicht der Volksschulen beseitigt würden, und zwar eine Vorlage in solcher Fassung, daß dadurch nicht neuer Haß und Zwietracht in die Bevölkerung getragen werde und daß die Lasten auf alle Schultern der Gemeinden in möglichst gleicher und gerechter Weise zur Vertheilung gelangen. (Lebhafter Beifall.)

Kultusminister Studt: Die Staatsregierung verkennt nicht, daß der als Mißstand empfundenen Ungleichartigkeit der Volksschullasten nur im Wege der Gesetzgebung durchgreifend abgeholfen werden kann. Sie weist aber darauf hin, daß im Verlaufe der auf diesem Gebiete durch das Pensionsgesetz vom 6. Juli 1885 eingeleiteten und durch das Relikengesetz vom 4. Dez. 1899 zu einem gewissen Abschluß gebrachten Gesetzgebung, sowie durch die Bereitstellung größerer staatlicher Mittel schon sehr viel geschehen ist, um die klagenden Uebelstände zu mildern und die Verschiedenartigkeit der Belastung auszugleichen. Einmal sind durch die Gesetze vom 6. Juli 1885, 4. Juni 1888, 31. März 1889 und 3. März 1897 und 4. Dez. 1899 zur Entlastung der Schulunterhaltungspflichtigen Staatsbeiträge zum Grundgehalte, zu den Alterszulagen, zum Ruhegehalte der Volksschullehrer und für die Bezüge ihrer Hinterbliebenen, also zu allen wesentlichen, laufenden Kosten der Volksschule in einer Form bereit gestellt worden, welche das Bedürfniß, die kleineren leistungsschwachen Schulverbände vorzugsweise zu entlasten, voll berücksichtigt. Sodann ist durch die zur Vermeidung eines starken Schwankens in den Ausgaben der einzelnen Gemeinden erfolgte Begründung der Ruhegehalts-, Wittwen- und Waisen-, sowie Alterszulagekassen und durch die zum Abschluß gebrachte gesetzliche Regelung der Lehrerbesoldungen eine Stetigkeit der Ausgaben herbeigeführt worden, welche die Gemeinden vor neuen, unvorhergesehenen Anforderungen an ihrer Leistungsfähigkeit schützt. Auch in durch eine Erweiterung der Zweckbestimmungen des Fonds die Möglichkeit geschaffen werden, armen Schulverbänden zu den laufenden, sächlichen Kosten Staatsbeihülfen zu gewähren. Zur Unterstützung von Schulverbänden bei Schuldbauten und bei der Begründung neuer Schulen oder Schulstellen sind in dem Staatshaushalt bereits seit mehreren Jahren erhöhte Mittel vorgesehen, um einer zu hohen Belastung der Gemeinden für diese Zwecke vorzubeugen. Darüber hinaus wird die königl. Staatsregierung darauf Bedacht nehmen, zur Milderung des Druckes der Volksschullasten auf dem Gebiete der Volksschulbauten für das Jahr 1901 eine Summe von etwa 10 Mill. M. bereitzustellen. Erst nachdem die Steuerreform die Finanzkraft der Gemeinden klargestellt und durch den Abschluß der Regelung der Volksschullehrerbesoldung der Ausgabebedarf für die laufenden Kosten der Volksschule sicher begrenzt ist, kann jetzt darüber Klarheit geschaffen werden, ob eine so wesentliche Verschiedenheit in der Belastung der Schulverbände vorliegt, daß ein weiteres gesetzliches Vorgehen nothwendig wäre. Es kommt hierbei aber in Betracht, daß die Belastung mit Schulabgaben nicht abgesondert für sich, sondern in Verbindung mit den Auflagen für andere kommunale Zwecke geprüft werden muß, für deren Abmessung es zur Zeit noch an einer sicheren Grundlage fehlt. Die Staatsregierung hat deshalb beschlossen, durch Aufnahme einer Statistik eine Gesammtübersicht der Aufwendungen der Gemeinden für öffentliche Zwecke zu beschaffen. Auf die Ergebnisse dieser Statistik und die hieraus zu gewinnenden Erfahrungen werden die weiteren Maßnahmen aufzubauen sein.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) beantragt die Besprechung der Interpellation.

Abg. Dr. v. Heydebrand (kons.) legt dar, daß seine politischen Freunde die Regelung der Schulunterhaltungspflicht für eine der dringendsten Aufgaben des Staates hielten. Man hatte erwartet, daß schon in diesem Jahre eine Vorlage eingebracht würde, wenn nicht der Wechsel im Ministerium eingetreten wäre. Zu dieser Hoffnung sei man umsomehr berechtigt gewesen, als durch die Erklärung des Ministers im vorigen Jahr der Anschein erweckt sei, als wenn ein Einverständniß zwischen der Mehrheit dieses Hauses und der Regierung über die wesentlichsten Punkte der Vorlage bereits erzielt sei. Es habe auch ein Einverständniß darüber bestanden, daß an dem Charakter der Volksschule als prinzipiell konfessionell nicht gerüttelt werden solle. Zu seinem Bedauern habe er aus den Ausführungen des Ministers gehört, daß so bald auf ein Gesetz noch nicht zu hoffen sein werde. Der Minister erkläre eine Statistik für nothwendig; er, Redner, meine doch, die Belastung der Gemeinden sei eine so hohe, daß es keiner so großen Statistik mehr bedürfe, um dies festzustellen. Was den Inhalt der Vorlage angehe, so wünschen seine politischen Freunde dringend, daß durch dieselbe der konfessionelle Charakter der Schule festgestellt werde. Die Vorlage müsse die Interessen des Staates, die dahin gingen, daß die Schule eine nationale, eine deutsche sei, und die Interessen der Konfessionen, daß die Schule eine christliche sei, voll wahren. Von der letzteren Forderung könnten seine politischen Freunde nicht abgehen. (Beifall rechts.)

Abg. Seydel-Hirschberg (ntl.) führt aus, er habe ganz denselben Eindruck von den Ausführungen des Ministers, wie der Vorredner; man habe zweifellos eine andere Antwort erwartet. Der Nothstand sei so offenkundig, daß eine Besserung nicht mehr aufgeschoben werden könne. In Schlesien insbesondere sei die Unzufriedenheit darüber, daß die Dominialherren nicht zu den Schullasten herangezogen würden, überaus groß. Da müsse Wandel geschaffen werden. Die Mehrheit des Hauses sei sich auch darüber einig, daß dieser ohne ein allgemeines Schulgesetz möglich sei, da auf dieses zur Zeit nicht zu hoffen wäre. Es müßten bei der Vorlage gewisse Dinge ausgeschieden werden, von denen man wisse, daß durch sie der alte Streit entbrennen werde. Hierzu rechne er die Rechte der Kirche und Religionsgesellschaften bezüglich der Beaufsichtigung des Schulunterrichts und der Ausbildung der Lehrer. Er glaube in der That, daß die Lösung dieser schwierigen Frage bis zu einer Zeit aufgespart werden müsse wo sich die Ansichten geklärt und versöhnlicher gestaltet hätten. Er halte es dagegen für geboten, daß durch die Vorlage die Bildung der Schulvorstände nach neuen Grundsätzen festgelegt werde. In den evangelischen Schulsozietäten Schlesiens würden gegenwärtig die Schulvorstände durch die Dominialherren im Einverständniß mit den Pfarrern gebildet. Dies sei ein haarsträubender Zustand, denn die Dominialherren trügen zu den Lasten so gut wie gar nichts bei, und die Leute, die die Lasten zu tragen hätten, lasse man nicht zu Worte kommen. Redner bittet den Minister dringend, daß dieser, seine heutige Erklärung bestrebend sein werde, durch die Einbringung einer Vorlage baldigst zu beruhigen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Porsch (Zentr.): Aus den Reihen meiner politischen Freunde heraus wird vollauf die schwere Last anerkannt, welche weithin im Lande durch die Schulunterhaltung auferlegt wird. Wir erkennen an, daß schwere Mißstände und Ungerechtigkeiten auf dem Gebiete der Unterhaltung der Volksschule existiren. Ich möchte zu dem, was die Vorredner berührt

---

2)

Olga's Irrthum.

Originalnovelle von Alca Ruth.

Ungeduldig sprang er auf und durchmaß langsam das Zimmer. Zuweilen auch stand er überlegend still, strich hastig das Haar aus der Stirne und setzte dann wieder seine unruhige Wanderung fort.

Es stand ja fest, Schloß Rottenfels mußte seine Herrin haben. Das heirathsfähige Alter hatte er nach Ansicht seiner Tante — nach dem Tode seiner Eltern trat sie das schwierige Amt an, über diesen wenig lenksamen Zögling die leitende Hand zu halten — schon überschritten, also — wenn sein Herz nun nach dieser Seite hin auch nur ein wenig Feuer fing, so brauchte er nicht lange den Troubadour zu spielen. Er konnte sich wohl den Luxus erlauben, eine Lebensgefährtin, arm wie sie war, und unbekümmert um Stand und Rang, zu wählen. Er selbst war in dieser Hinsicht Demokrat. Also, Fritz von Detten, erwäge einmal ernstlich diesen Fall!

Das that er denn auch gründlich, aber er verlor sich dabei in wunderliche Gedanken. Sollte er sich nicht einmal wirklich und wahrhaftig verlieben können, so ohne alle Berechnung und nüchterne Folgerung?

Es müßte eine Liebe sein, die ihn an jeder Fiber des Herzens packte, so daß er einmal aufhörte, folgerichtig zu denken und zu handeln, von geheimer Macht angeregt, die Ueberlegenheit des Verstandes der Volkraft seines Herzens unterordnend, eine Liebe ohne Logik!

War er zu solcher Liebe fähig?

Er hatte bis jetzt zu der Sippe der kühlen Streber gehört; deshalb wehrte er sich auch gegen das fremde Gefühl, das sein erwachendes Herz gebar. Er hielt nicht viel von dem „Himmelhochjauchzen, zu Tode betrübt“ sein, schon der Bequemlichkeit halber, da jene Liebe so viel Entsagung, Enttäuschung und Selbstqual im Gefolge hat.

Er wollte also vernünftig bleiben, der nüchterne Fritz von Detten, und handelte doch dieser Ansicht schnurstracks zuwider, wenigstens ließ sein plötzlicher Entschluß einen diesbezüglichen Verdacht auftauchen. Er hatte nämlich nun doch seinen „Tropenhelm“ aufgestülpt und verließ das Zimmer in der Absicht, von Freund Eichbach und der kommerzienräthlichen Familie, der er bisher herzlich wenig Aufmerksamkeit erwiesen, Näheres über die geheimnißvolle Olga zu erfahren.

Indem er auf den Korridor hinaustrat, sah er an dem Treppenabsatz zwei Chambrières flüsternd zusammenstehen. Da kam ihm die Variation frei nach Schiller in den Sinn:

„Willst Du der Herrschaft tiefstes Sein ergründen,
So frage nur beim — Zimmermädchen an!“

Während er nun hinzutrat, verschwand die Chambrière der zweiten Etage geräuschlos, während ihre Mitschwester schleunigst eine Schachtel zu schließen trachtete. Detten klopfte so en passant mit dem Silberknopf seines Stockes dawider.

„So hübsche Mädels wie Sie“, sagte er, „sollten niemals mit alten Kästen umgehen.“

Wenn schon im Allgemeinen das Kammerkätzchen auf jede Frage die gebührende Antwort weiß, so gilt das im Besonderen von den Belgierinnen mit französischem Urtypus. So war denn auch hier die mit zierlichem Knix gegebene Erwiderung.

„Bitte schön, Monsieur, hätte jeder alte Kasten seinen Werth wie dieser, brauchte ihm weiter nicht zu bangen.“

„Ich wette, der Liebste hat darin die Haube geschickt, he?“

Sie warf den behaubten Kopf empor und lächelte überlegen: „Ich würde es dem Liebsten verargen, der nichts Besseres zu geben wüßte als die Haube.“

„Kann man Frauen Besseres geben, als die Haube?“ fragte er belustigt.

„Wir Chambrières denken in diesem Punkte anders. Wenn uns ein Mann zum Weibe fordert, legen wir die Haube ab und nehmen —“

„Doch nicht etwa den Kochlöffel?“ lachte Detten.

„Den Pantoffel, halten zu Gnaden.“

Detten maß sie mit lächelndem Blicke.

„Sie haben zur Hauskommandeuse das rechte Air!“

„Das sagt mir das gnädige Fräulein, so oft ich's hören will“, gab sie geschmeichelt zu.

Detten horchte auf.

„Um deren Urtheil kompetent zu finden, muß ich wissen, wer das gnädige Fräulein ist. Meiner Vermuthung nach ist es jene schwarzgekleidete Dame mit dem blonden Haare —“

„Die?!“ schrie sie förmlich auf, „die dient ja!“

„Nun? Was weiter?“ fuhr er unwillkürlich auf.

„Die wird doch wohl nicht Anspruch darauf machen, von mir als „gnädig“ titulirt zu werden. Mein Herr, ich wiederhole — sie dient!“

„Allem Anschein nach scheint die Dame nicht sehr „gnädig“ mit Ihnen umzuspringen.“

„Ach“, verächtliche Handbewegung, „das gnädige Herumspringen ist ganz auf ihrer Seite. Wer wie die nach Brod gehen muß — und so stolz dabei! Na, ich will darüber nicht sprechen.“

„Diese stolze Dame“, begann Detten harmlos, „ist also Dienstmädchen.“

„Nanu, doch nicht gerade.“

„Oder Kammerzofe?“

„Auch das nicht“, meinte sie etwas kleinlaut.

„Was könnte sie mehr sein? Meine Weisheit ist zu Ende.“

„Mein Herr, wenn Sie wüßten, was ich wüßte, begann sie oraktelhaft.

„Na — los damit.“

„Wir Chambrières sprechen nicht über die privaten Verhältnisse der Herrschaften.“

„Sehr löblich“, versetzte Detten, indem er gelassen seine Börse, die er wie spielend in der Hand wog, wieder zu sich steckte, „werde nicht verfehlen, Ihre phänomenale Verschwiegenheit an maßgebender Stelle zu erwähnen.“

„Oh“, machte sie gedehnt, da er Miene machte, die Treppe hinabzusteigen, dann aber wieder schnell gefaßt, „Anerkennung, mein Herr, ist eine Blume, die nur auf Gräbern blüht. Ich bin nicht so gestellt, nach meinem Tode Lorbeer zu treiben. Schauen Sie her“, sie öffnete geschäftig die Schachtel, „zwanzig Paar abgelegter Handschuhe, echt englisches Leder, bis zum Oberarm hinaufreichend . . . Abgelegt? Wie dumm! Ueberzeugen Sie sich, so, mein Herr, sehen abgelegte Handschuhe einer grande dame aus — und das gnädige Fräulein Kommerzienrath ist eine grande dame! Ein, zwei Mal getragen, dann heißt's: „Mademoiselle Florence — so nenne ich mich nämlich — Mademoiselle Florence“, sagt sie, „die schenke ich Ihnen.“ — Sehr nobel, äußerst nobel! Wissen Sie auch, mein Herr, daß die gantière mir das Stück mit einem Franken bezahlt? Ein Francs das Stück abgelegter Handschuhe!“

„Ich komme Ihnen noch mehr entgegen“, begann er im Tone eines Geschäftsmannes, „und bezahle Ihnen das Stück mit zwei Franken, wenn Sie nicht zu viel unnütze Redereien machen und auf den Kern der Sache kommen.“

„Nennen Sie mir den Kern.“

„Wie nennt sich die Dame, von der ich sprach?“

„Olga, mein Herr, Olga“, erwiderte sie prompt.

„Unsinn! Das weiß ich.“

Sie hob die Augenbrauen. „Warum fragen Sie mich denn?“

„Kennen Sie den Zunamen nicht?“

„Bedaure, den nennt man in der Familie des Kommerzienraths nicht.“

„Sie wissen aber, welche Stellung die Dame einnimmt?“

„Hm; das ist schwer zu bestimmen. Zuweilen liest sie der gnädigen Frau vor, und ich sage mir, sie ist Vorleserin. Dann sehe ich sie mit dem gnädigen Fräulein an der Jammerkommode sitzen — sie hat nichtsdestoweniger 3000 Mark gekostet — und denke mir, sie ist Klavierlehrerin. Wenn ich sie dann wieder mit dem gnädigen Herrn die Briefschaften erledigen sehe, kommt mir der Gedanke, daß sie eher noch Geheimschreiber oder so was Aehnliches ist. Ich sehe sie aber auch den Zolo füttern —“

„Wollen Sie wohl schweigen!“ brach er etwas grob los.

„Ei, du meine Güte! Wer anders als Sie hat mich denn zum Sprechen aufgefordert?“ — —

„Schon gut; hier nehmen Sie Ihre Bezahlung für das „echt englische Leder“, das Sie mir meinetwegen auf meine Bude tragen können.“

Damit warf er ihr ein Geldstück auf die Schachtel und stieg die Treppe hinab.

„Wenn der kein Kriminalbeamter ist“, dachte sie und schaute ihm nach, „meinetwegen — er wird die Handschuhe wohl nicht gezählt haben“, und sie entnahm der Schachtel die besten Paare.

Der Pseudo-Kriminalbeamte ging indessen langsam die Digue entlang. „So, lieber Karl“, sprach er befriedigt zu sich selbst, „auch ohne Deine Beihülfe, die mir übrigens noch hätte unbequem werden können, bin ich über das, was ich wissen will, informirt.“

Gleich darauf kehrte Eichbach ins Hotel zurück und trat in Dettens Zimmer.

„Na, Vogel ausgeflogen?“ Sein Blick fiel auf die offene Schachtel. „Heliotropgeruch! Uff!“ Er stand starr. „Damenhandschuhe?! — — Wahrhaftig Damenhandschuhe! O, Fritz, Fritz!“ Lachend ging er hinaus. „Er ist verliebt, wirklich verliebt!“ — —

(Fortsetzung folgt.) 329

Vermischtes.

* Ueber studentische nächtliche Ruhestörungen in Heidelberg führte die „Mannheimer Volksstimme“ vor geraumer Zeit Buch. Seitdem wurden die Musensöhne sanft und friedlich, wenigstens meldete der Polizeibericht im „Heidelb. Tagebl.“ nichts mehr von studentischer Ausschreitung. Bei näherem Zusehen ergab sich aber, daß es am Neckarstrande immer noch ziemlich lebhaft herging. Im Februar d. J. z. B. verzeichnete der Heidelberger Polizeibericht an 12 Tagen nicht weniger als 116 Fälle von Unfug und Ruhestörung. Freilich waren nicht „Studenten“, sondern „Personen“ im Polizeibericht als die Uebeltäter angegeben. Die „Mannh. Volksst.“ nimmt wohl kaum zu Unrecht an, daß diese „Personen“ meist zur „akademischen Bourgeoisie“ zählen dürften.

haben, noch eine Frage hervorheben. Das ist die Frage der Berücksichtigung konfessioneller Minoritäten. Da haben wir die lebhaftesten Klagen schon erhoben. Klagen, die dringend eine Aenderung unserer bestehenden Bestimmungen auf dem Wege der Gesetzgebung erheischen. Wir sind uns allerdings der Mein ng, daß eine Regelung der Schulunterhaltungspflicht nur möglich ist im Rahmen eines allgemeinen Volksschulgesetzes, und zwar deshalb, weil das der ausdrücklichen Bestimmung der Verfassung entspricht; denn es ist nicht wohl denkbar, daß man die Frage der Schulunterhaltung, die Lasten der Schule gesetzlich regelt, ohne daß man gleichzeitig die Rechte, welche bezüglich der Schule verschiedenen Interessentenkreisen zustehen, gesetzlich festlegt. Nun hat der Vorredner darauf hingewiesen, daß außerordentliche Schwierigkeiten der Verabschiedung eines solchen allgemeinen Volksschulgesetzes entgegen stehen. Ich kann in gewisser Beziehung diese Ausführungen des Vorredners als richtig zugeben. Indessen, ich meine doch, daß man den Versuch wenigstens machen muß, diese Regelung der Schulunterhaltungspflicht in einem weiteren Rahmen herbeizuführen, daß man sich jedenfalls nicht darauf beschränken kann, ausschließlich die Schulunterhaltungspflicht zum Gegenstande eines Gesetzentwurfes zu machen. Wir werden uns jedenfalls immer sorgfältig fragen müssen, inwieweit würde man durch eine Regelung ausschließlich der Schulunterhaltungspflicht den vielen anderen wichtigen Fragen präjudiziren, die auf dem Gebiete des Volksschulwesens gleichfalls dringend einer gesetzlichen Regelung harren. Das können wir uns doch keinesfalls verhehlen, daß die gegenwärtigen Zustände, bei denen so vieles ausschließlich im Wege der Verordnung geregelt wird, nicht haltbar sind. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das geht auf die Dauer nicht. Bei jedem weiteren Versuche, eine stückweise gesetzliche Regelung der Schullast herbeizuführen, werden wir uns fragen müssen: Wird dadurch nicht die zweckmäßige Erledigung sehr dringender prinzipieller Fragen in eine ganz unabsehbare Ferne hinausgeschoben? (Sehr richtig! im Zentr.) Also, meine politischen Freunde würden ja in Anerkennung der Dringlichkeit dieser Schulunterhaltungspflichtsfrage es nicht grundsätzlich ablehnen, in die Berathung eines Gesetzentwurfs einzutreten, die im Wesentlichen sich zur Aufgabe stellt, die Frage der Schulunterhaltungspflicht gesetzlich zu regeln; aber sie sind freilich der Meinung, daß dieser Gesetzentwurf sich nicht ausschließlich mit den Lasten befassen kann, daß er auch gleichzeitig gewisse Rechte festlegen muß, und in erster Reihe steht da das, was Herr v. Heydebrand mit aller Schärfe am Schlusse seiner Ausführungen gelegt hat: seine politischen Freunde wollen am christlich-konfessionellen Charakter der Volksschule nichts geändert haben. Das wollen auch wir nicht, sondern wir wollen im Gegentheil, daß, wenn man die Frage der Lasten gesetzlich regelt, man auch im Gesetz aussprechen muß, daß unsere Schule für alle Zukunft den Charakter einer konfessionellen Schule tragen soll. Das muß mit aller Schärfe zum Ausdruck gelangen. (Bravo! im Zentrum und rechts.) Wir können ja gleichfalls nicht in Abrede nehmen, was Herr v. Heydebrand schon hervorgehoben hat, daß in der Gesetzgebung steht, die Schule sei eine Veranstaltung des Staates. Aber wenn man das auch als Inhalt unserer Gesetzgebung anerkennt, so folgt daraus doch noch nicht, daß die Schule ausschließlich eine Einrichtung des Staates ist, daran ist gar nicht zu denken. Bezüglich der Schule sind vielmehr in erster Linie und mindestens im gleichen Maße wie der Staat — von dem konfessionellen Charakter, den Rechten der Kirche will ich jetzt nicht reden, das habe ich ganz an die Spitze gestellt — die Gemeinden, die Hausväter und die Familienväter berechtigt. Deren Rechte müssen sicher gestellt werden, damit nicht auf dem Wege dieser stückweisen Gesetzgebung, zwischen welcher für das Andere die Verordnungen bestehen bleiben, unsere Schule aus einer Veranstaltung des Staates schließlich zu einer ausschließlichen Einrichtung des Staates wird. Das wollen wir unter keinen Umständen und ich glaube, daß darin wenigstens auch die überwältigende Mehrheit des Hauses mit uns einig ist. Deswegen glaube ich, daß es vielleicht doch auch nicht ganz aus dem Rahmen eines solchen Gesetzes auszuscheiden sein würde, zu sagen, inwieweit neben solchen Schulen, an denen der Staat betheiligt ist, auch noch Privaten eine Unterrichtung möglich sein soll. Denn in Artikel 22 unserer Verfassung heißt es:

„Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen und zu leiten, steht jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat."

Das ist gewissermaßen an die Spitze der Verfassungsbestimmungen über die Schule gestellt. Das ist allerdings eine sehr schwere Sache, über die wir uns nicht im Augenblick verständigen können. Es genügt für heute, wenn ich sage: meine Freunde we den sich grundsätzlich nicht weigern, in die Berathung eines Gesetzentwurfs einzutreten, der im Wesentlichen die Regelung der Schulunterhaltungspflicht zum Gegenstande hat; aber sie müssen sich alles Weitere nach den von mir angedeuteten Richtungen hin vorbehalten. Die Ausführungen des Herrn Ministers haben, was die Vorlegung eines solchen Gesetzentwurfs anbelangt, nicht sehr verheißungsvoll geklungen. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß wir vielleicht schon in der nächsten Session mit einem umfangreichen Gesetzentwurf befaßt werden. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf Kanitz (kons.): Der Vorredner hat den Schwerpunkt seiner Ausführungen darauf gelegt, daß die Volksschule eine Veranstaltung des Staates, nicht aber, daß sie eine Einrichtung des Staates ist. Darin stimme ich ihm bei, es läßt sich aber nicht leugnen, daß der Einfluß des Staates auf die Schulen bereits soweit vorgeschritten, daß der Staat den in ihren Rechten zurückgedrängten Gemeinden auch den größeren Theil der Lasten abnehmen muß. Redner vertheidigt sich weiter über die starke Belastung der Gemeinde- und die ungenügenden Leistungen des Staates.

Abg. Dr. Friedberg (ntl.): Der vorige Kultusminister erklärt, es sei die Erhebung über die Schullasten nothwendig. Wenn der gegenwärtige Minister jetzt eine Statistik über die gesammten Kommunallasten verlange, dann scheine ihm das eine Verschiebung der Lösung der Schulunterhaltungsfrage auf unabsehbare Zeit bedeuten zu sollen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freik.) führt aus, auch seine Partei sei damit einverstanden, daß die Schulen den konfessionellen Charakter behalten müßten. Auch darüber sei man einig, daß das Recht der Minderheiten gewahrt werden müsse. Er bitte jedoch, die Ansprüche nicht so hoch zu schrauben, daß seinen politischen Freunden dadurch die Zustimmung zu der Vorlage unmöglich gemacht werde. Dies geschehe, wenn man verlange, daß festgestellt werde, daß die Kirche Herr in der Schule sei.

Abg. Meyer-Diepholz (ntl.) sauf der Tribüne nicht verständlich] spricht sich ebenfalls für die schleunige Einbringung einer Vorlage aus.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) betont, daß diejenigen Forderungen, die der Abg. v. Zedlitz als untrennbar von der Regelung der Schuldotation bezeichnet habe, gerade das enthielten, was seine Partei stets für dieses Gesetz verpflichtung der Kommunen zur Schul-Unterhaltung regele, man gleichzeitig auch die Kontrolle der Schule im Sinne der Interessenten regeln müsse. Was die Rechte der Kirche angehe, so müsse er sagen, daß einer großen Menge von Menschen im Lande die religiöse Erziehung der Kinder unmöglich erscheint, ohne daß der Einfluß der Kirche auf die Schulen festgelegt wird. Auf seite der Linken werde man diesem Gebäude Rechnung tragen müssen. Der Staat solle die oberste Hand in der Schule behalten, er solle aber der Kirche kraft seines Rechtes eine Mitbestimmung und einen gesetzlichen Einfluß einräumen. Trage die von der Regierung einzubringende Vorlage diesen Forderungen Rechnung, so werde die Vorlage keinen großen Schwierigkeiten im Hause begegnen.

Minister Studt vertheidigt die Regierung gegen die erhobenen Vorwürfe. Es wäre ja die einfachste Regelung der Schuldotationsfrage, wenn man bestimmte: die Volksschulunterhaltungspflicht ist eine Kommunallast und der Staat hat sei Leistungsunfähigkeit der Gemeinde einzutreten. Durch eine solche Bestimmung würden aber zahlreiche Ungerechtigkeiten nicht beseitigt und neue geschaffen werden, wenn nicht eine Unterlage geschaffen wird zur Beurtheilung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Die Regierung müsse hierauf um so mehr Gewicht legen, als sie ganz bedeutende Summen für die Schulunterhaltung schon jetzt gebe. Die Regierung thue alles mögliche, um insbesondere die ländlichen Schulverbände zu entlasten. An staatlicher Beihülfe seien im Jahre 1899 gewährt worden an 18,496 ländliche Schulverbände 3,186,667 M., an städtische Schulverbände 1,738,000 M. Besonders reich sei die Beihilfe des Staates für die Provinz Ostpreußen gewesen. Es seien für 2542 ländliche Schulverbände in dieser Provinz 1,016,000 M. und für 65 städtische Schulverbände 246,000 M. gewährt worden. Die Regierung müsse eine bestimmte Grundlage gewinnen für die Beurtheilung der Leistungsfähigkeit, weil inzwischen die Belastung der Kommunen sich durch den Hinzutritt neuer öffentlicher Aufgaben verändert habe. Die von der Regierung beschlossene Statistik wird von großem volkswirthschaftlichem Werthe sein. Er müsse die Regierung vor dem Verdachte bewahren, als ob sie die heute landgegebene Absicht, eine Statistik der Kommunallasten aufzunehmen, lediglich deshalb gefaßt habe, um eine Vertagung der vorliegenden Frage ad calendas graecas herbeizuführen. Die Regierung habe die Absicht, mit thunlichster Beschleunigung die Statistik zu erheben und darauf ihre weiteren Maßnahmen aufzubauen. Bei der weiteren Regelung der Schulunterhaltungspflicht werde der konfessionelle Charakter der Volksschule gewahrt bleiben. Die Regierung sei nicht gewillt, eine Aenderung hierin eintreten zu lassen. Die heutige Debatte werde der Regierung bedeutungsvolle Anregungen für ihr weiteres Vorgehen geben. Namentlich habe es ihn gefreut, zu konstatiren, daß eine Klärung der Ansichten eingetreten sei, welche für die Entschließungen der Regierung auf diesem überaus wichtigen Gebiete eine wesentliche Erleichterung bedeute.

Abg. Kopsch (fr. Vp.) verbreitet sich über die großen Mißstände bezüglich der Schulunterhaltung in der Provinz Schlesien.

Abg. Rickert (fr. Vgg.) konstatirt, daß ein Widerspruch gegen diese Forderung heute überhaupt nicht laut geworden sei.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Haus wendete sich der dritten Berathung der Eisenbahnvorlage zu; bei derselben wurden noch einige Lokalwünsche vorgetragen, so seitens des Zentrums von dem Abg. Schmidt-Warburg für diesen Kreis und vom Abg. Dasbach für den Westerwald und die Gegend an der Sauer.

Die Vorlage wurde dann in dritter Lesung unverändert angenommen.

Ohne erhebliche Debatte stimmte das Haus weiterhin in erster und zweiter Lesung der Erweiterung des Stadtkreises Stettin und in zweiter Berathung den Vorlagen betr. die Neuberung der Kreisordnung für die Kreise Teltow und Niederbarnim und betr. die Polizeiverwaltung von Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf zu.

Bei der letzten Vorlage brachte Abg. Dr. Arendt (frk.) zur Sprache, daß der Abg. Bebel im Reichstage die schwere Anklage gegen die Berliner Polizei gerichtet habe, sie kenne die Berüber der Verstümmelungen an den Denkmälern in der Siegesallee, habe aber von ihrer Verfolgung abgesehen, weil es sich um junge Leute handle, die den herrschenden Klassen sehr nahe ständen. Er bitte den Minister sich zu dieser schweren Anklage zu äußern.

Minister Frhr. v. Rheinbaben erwidert, der Vorwurf des Abg. Bebel im Reichstag sei unerhört; es fehle der Schatten eines Beweises dafür, daß die sogenannten jungen Leute aus den „herrschenden Kreisen" Thäter der Frevelthat gewesen seien. Leider sei das Dunkel, das über jener That schwebte, noch nicht aufgeklärt; dies sei erklärlich, wenn man bedenke, daß die That im Dunkel der Nacht begangen sei, so daß die Berüber weder erkannt, noch festgestellt werden konnte, wohin sie sich gewandt hätten; zudem seien auch keinerlei Gegenstände gefunden worden, die irgendwie auf die Person des Thäters hinwiesen. Die Behörden hätten sich fortgesetzt die größte Mühe gegeben, die That aufzuklären. Dafür, daß die Thäter Leute aus den „herrschenden Klassen" seien, fehle jede Andeutung. Es sei der Verdacht ausgesprochen, daß einzelne Studenten der technischen Hochschule in Charlottenburg die That begangen haben könnten. Die eingehenden daraufhin angestellten Ermittelungen hätten aber die völlige Grundlosigkeit dieses Verdachts ergeben. Die Annahme, daß junge Leute im Uebermuth des Weinrausches die That vollbracht hätten, sei von vorneweg höchst unwahrscheinlich; denn das stehe fest, daß einzelne der abgeschlagenen festen Theile nicht mit einem Stock hätten abgeschlagen werden können, sondern daß hierzu ein hammerähnliches Instrument gebraucht sein müsse. Es handle sich höchst wahrscheinlich um eine wohlüberlegte That, die mit einem starken Instrument ausgeführt worden ist. Mit Entschiedenheit müsse er es zurückweisen, daß die Polizei die Verfolgung des Thäters aufgegeben habe, trotzdem ihr bekannt sein müßte, in welchen Kreisen er zu finden sei, weil sie diese Kreise nicht habe bloßstellen woll n. Diese Behauptung des Abg. Bebel sei unerhört. In Preußen werde Recht und Gerechtigkeit gegen Jedermann ohne Unterschied der Person geübt; es gäbe keinen schwereren Vorwurf gegen die Polizeibehörden als den, daß sie die höheren Stände anders behandele wie die unteren. Diesen Vorwurf weise er mit aller Entschiedenheit zurück.

Nachdem Abg. Kreitling (fr. Vp.) seinen Antrag begründet und Abg. Graf Bernstorff (freik.) die Annahme der Regierungsvorlage empfohlen, beschließt das Haus diese gegen die Stimmen der Freisinnigen und einiger Nationalliberalen.

Nächste Sitzung: Freitag, 11 Uhr. Zweite Berathung der Vorlage betr. die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M.; kleinere Vorlagen, Petitionen.

Schluß 3 Uhr.

Die Flottenvorlage in der Budgetkommission.

♢ **Berlin**, 29. März.

Nachdem die Budgetkommission in ihrer Vormittagssitzung hauptsächlich über die Verstaatlichung der Fabrikation von Nickelstahlpanzerplatten verhandelt hatte (Wir verweisen diesbezüglich auf den telegraphischen Vorbericht in der gestrigen Abendausgabe und bezüglich der Gesammtverhandlung auf die zusammende Darstellung im Leitartikel dieser Nummer. D. Red.) ging die Kommission in ihrer Nachmittagssitzung zur Berathung etwaiger neuer Steuern über.

Abg. Müller-Fulda (Zentr.) verwies auf Art. 8 des Gesetzes von 1898, wonach die große Masse des Volkes durch neue Steuern nicht belastet werden dürfe. Man könne sich jetzt mit einer solchen negativen Fassung nicht mehr begnügen, nachdem erhebliche Forderungen hervorgetreten seien. Früher, bei der Militärvorlage, habe man auch auf Anleihen hingewiesen, nachträglich aber sei die Regierung mit allen möglichen Steuern gekommen. Eine Anleihewirthschaft, wie sie jetzt im Schwunge sei, könne seine Partei nicht weiter fördern. Wenn die neuen Steuern später einmal überflüssig würden, konnte man sie ja wieder beseitigen, sonst könnte man das Geld zur Schuldentilgung verwenden. Bei Annahme des neuen Gesetzes liege die Nothwendigkeit zur Schaffung neuer Steuern vor.

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann: Der Gedanke an neue Steuern erscheine der Regierung prinzipiell nicht nothwendig, schließe aber nicht aus, daß man bei vermehrten Bedürfnissen darauf eingehen könnte. Der Verdoppelung des Lotteriestempels sei sowohl er (Redner) wie der Reichskanzler geneigt. Ein weiteres Steuerobjekt bilde das Saccharin. Diese Steuer würde etwa 3 Millionen M. bringen, die Lotteriesteuer 17 Millionen M. Mit diesen beiden Steuern könnten 2 Jahre die Kosten der Vorlage bestritten werden. Bei den Konossements und Passagierbillets könne man die Erträgniß noch nicht voraussehen.

Abg. Graf Stolberg (kons.) hält Steuern nicht für nothwendig; sie seien aber mit der Lotteriesteuer einverstanden, ebenso mit der Saccharinsteuer.

Abg. v. Kardorff (Rp.) führte aus, die Arbeiterklasse hätte den Hauptvortheil von der Flottenvorlage durch Steigerung der Arbeitslöhne. Vom Konossementsstempel befürchte er eine Beschwerung des Handels; dagegen würde eine Besteuerung der Fahrkarten 1. und 2. Klasse 25 Millionen bringen.

Abg. Müller-Fulda (Zentr.) meint, gerade die Verbrauchssteuern träfen die arbeitende Bevölkerung am meisten. Die ärmere Landbevölkerung werde ebenfalls bei gleicher Vertheilung bedeutend belastet werden, ohne jeglichen Vortheil zu erhalten. Er glaube kaum, daß die Finanzminister der Einzelstaaten sich auf eine Eisenbahnbillettsteuer einlassen würden. Gegen die Lotteriesteuer habe er nichts, ebenso nichts gegen die Saccharinbesteuerung. Bezüglich der Konossementssteuer ist Redner für Prozentbesteuerung nach dem Frachtwerth. Besondere Interessenten müßten doch wenigstens ein geringes Scherflein zur Deckung beitragen. Wenn diese Steuern nicht reichen sollten, sei eine bessere Ausgestaltung des Börsenstempels empfehlenswerth; statt der jetzigen 2 %, etwa 4 %, behandelt das Spekulations- und ausländischen Effekten. Hierdurch könnten 10—11 Millionen einkommen. Gleichzeitig könnte eine Reform des Stempelgesetzes eintreten. Im Ganzen würden aus diesem sicher 26 Millionen Mark kommen.

Abg. Büsing (ntl.) glaubt, daß die Konossementssteuer den Binnenschiffahrt übermäßig würde. Er befürwortete Steuern auf Passagierbillete zu Wasser und zu Lande.

Abg. Gröber (Zentr.): Diejenigen, welche besondere Vortheile hätten, müßten besondere Lasten tragen. Unbedingte Pflicht sei in dem Sinne nöthig, wie der Reichstag vor zwei Jahren beschlossen habe. Die Unterbreitung der Vorlage sei Aufgabe der Verbündeten Regierungen. Verschiebe man die Entscheidung, dann käme man in die fatale Lage, daß, wenn Noth an den Mann komme, man einfach die bestehenden Steuern erhöhe unter dem Vorwande, man könne so schwierige Vorlagen nicht so schnell durchführen. Heiterkeit. Redner spricht sich gegen die Besteuerung der Fahrkarten, da hierdurch der Mittelstand bezüglich der zweiten Wagenklasse schwer getroffen würde. Bezüglich des Börsenverkehrs stehe er auf dem Standpunkt des Abg. Müller-Fulda. Auch er halte die Einführung einer Steuer auf Luxusartikel, insbesondere Champagner, Likör u. s. w. für wünschenswerth. Die Reichs-Vermögenssteuer sei nicht gangbar; eher empfehle sich die Reichs-Erbschaftssteuer, kleine Erbtheile müßten aber ausgenommen bleiben.

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann verweist auf die Schwierigkeiten, die der Erbschaftssteuer entgegenständen.

Abg. Frese (fr. Vgg.) verhält sich nicht ablehnend gegen eine Konossementssteuer, der Passagierkartenstempel würde die Auswanderung über Holland und Belgien leiten. Bezüglich der Besteuerung könnten nur Einkommen- und Vermögenssteuer in Frage kommen. Wenn die Interessenten getroffen werden sollten, müßten in erster Linie die Flottenlieferanten herangezogen werden. Konossements- und Börsensteuer träfen nur die Kunden. Er sei gegen eine Fahrscheinsteuer und warne vor der Lotteriestempelverdoppelung. Die Ansicht des Abg. v. Kardorff werde im Lande bomerisches Gelächter hervorrufen. Eine direkte Steuer sei nothwendig, damit die lauten begeisterten Flottenfreunde auch ihren Patriotismus zeigen könnten.

Abg. Pansche (ntl.) und Graf Klinckowström (kons.) sprechen sich gegen die Erbschaftssteuer aus. Abg. Richter Arenberg (Zentr.) vertheidigt die Erbschaftssteuer. Nächste Sitzung am 25. April.

Parlamentarisches.

△ **Die Unfallversicherungskommission des Reichstages** gab dem § 57 Abs. 3 (Festsetzung der Entschädigungen) folgende Fassung: „Dem Entschädigungsberechtigten sind die Unterlagen, auf Grund deren die Feststellung der Entschädigung erfolgen soll, durch Vermittelung der unteren Verwaltungsbehörde vorzulegen, diese hat den Entschädigungsberechtigten zu Protokoll zu hören, auf Kosten der Berufsgenossenschaft die für erforderlich scheinenden weiteren Ermittelungen vorzunehmen, in jedem Fall auf Antrag den behandelnden Arzt zu hören. Steht der behandelnde Arzt zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältniß, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören. Die entstandenen Verhandlungen sind der Berufsgenossenschaft zu übersenden. Gibt der Entschädigungsberechtigte keine Erklärung ab, so ist der Berufsgenossenschaft hiervon alsbald Nachricht zu geben. Dem Entschädigungsberechtigten kann gestattet werden, einen Beistand zuzuziehen und im Falle der Behinderung sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen." Mit Rücksicht auf diese Gestaltung des § 57 wurden mehrere bei der ersten Lesung in das Gesetz eingefügte Bestimmungen überflüssig. In § 67 (Kapitalabfindung) wurde Abs. 1 der Vorlage wiederhergestellt und bestimmt, daß bei kleineren Renten (bis 20 Proz der Vollrente) nach Anhörung der Verwaltungsbehörden auf Antrag des Berechtigten Kapitalabfindung eintreten kann.

Deutschland.

* **Berlin**, 29. März. Der „Reichsanz." meldet, daß der König mittels Erlasses vom 26. d. M. die von dem Westfälischen Provinzial-Landtage am 14. März d. J. vollzogene Wahl des Geheimen Ober-Regierungsraths Ludwig Holle in Berlin zum Landeshauptmann der Provinz Westfalen auf eine zwölfjährige Amtsdauer bestätigt hat. — Die dem Kaiser geschenkte Hohkönigsburg bei Schlettstadt ist der „Nat.-Ztg." zufolge zur Aufnahme eines Historischen Museums bestimmt, welches die Geschichte und Vergangenheit, Volkskunde und Eigenart des Elsaß veranschaulichen soll. Die Wiederherstellung der gewaltigen Burgruine, zu welcher der Berliner Architekt Herr Bodo Ebhardt berufen ist, wird bald in Angriff genommen werden. Im Wesentlichen handelt es sich um Sicherung der Fundamente und Herstellung von Dächern. Auch ein Thurm ist dem Vernehmen nach neu zu errichten. — Die Erklärung des Kaisers, er würde es bedauern, wenn Kapitän Spence, der es unterlassen hatte, das Kriegsschiff zu grüßen, auf dem der Kaiser von Helgoland nach Bremen fuhr, sein Brod verlieren sollte, ist in England sehr freundlich aufgenommen worden. Kapitän Spence ist auch von der Rhederfirma Carrie u. Co. in Leith wieder in ihre Dienste übernommen worden. — Der Landtagsabg. Kolisch (freis. Vp.) ist heute Vormittag hier gestorben. — Für den am Fieber gestorbenen Assessor v. Gizycki wird, dem Vernehmen nach, Assessor Meyer aus dem Auswärtigen Amte nach Kamerun gehen. — Bischof v. Anzer ist gestern nicht, wie in Aussicht genommen war, vom Kaiser empfangen worden, vielmehr ist die Audienz verschoben worden, weil die Staatssekretäre v. Bülow und Tirpitz verhindert waren, ihr beizuwohnen. Heute empfing Bischof v. Anzer den Besuch des chinesischen Gesandten.

* **Der Zustand des Abg. Dr. Lieber** war nach dem gemeldeten Rückfall heute Abend verhältnißmäßig wieder ganz gut. Die Aerzte befürchten keinen ernsten Rückfall.

ô **Das Abgeordnetenhaus** wird in den nächsten Tagen, vielleicht schon morgen, ebenfalls die Osterferien antreten. Die konservative Interpellation wegen des Fleischbeschaugesetzes soll erst nach den Osterferien zur Verhandlung kommen. Das bedeutet vielleicht, daß sie ganz unter den Tisch fallen wird. Offenbar haben wir es hier mit einem Vorstoß der Landwirthsbündler zu thun, mit dem nicht alle Konservativen einverstanden sind. Geht doch vielfach das Bestreben auf eine Verständigung. Diese wurde nur erschwert durch einen Angriff auf den Reichskanzler, gegen den persönlich doch die Interpellation gerichtet ist, der aber in der Fleischbeschaufrage gegenwärtig offenbar der stärkere Theil ist. Nach den „Berl. N. N." würde die Interpellation wahrscheinlich gar nicht beantwortet werden; der Reichskanzler werde, meint das Blatt, kein Bedürfniß empfinden, zu antworten. Darauf entgegnet die „Deutsche Tagesztg." zornig: „Das glauben wir gern. Es kommt hierbei doch nicht auf das Bedürfniß des Herrn Ministerpräsidenten an, sondern auf die Rechte der Volksvertretung." Inzwischen wird sie aus der Verschiebung der Interpellation ersehen haben, daß wenigstens nicht alle Konservativen das Bedürfniß empfinden, „die Rechte der Volksvertretung" geltend zu machen. Nach den Ferien ist vielleicht die ganze Frage schon durch eine Verständigung erledigt. Diese würde allerdings nur durch starke Abweichung von den Reichstagsbeschlüssen zu erzielen sein.

* **Im Herrenhause** begann heute die Berathung des Etats. Beim Etat des Finanzministeriums wurde eine Resolution angenommen, durch welche die Regierung ersucht wird, Aufwendungen für große sich durch mehrere Jahre hinziehende Neuanlagen nicht mehr einfach in den Etat einzustellen, sondern durch Vorlegung besonderer Gesetzentwürfe auch das Votum des Herrenhauses einzuholen. Beim Etat der direkten Steuern klagte Graf Klinckowström über die hohe Zahl der Beanstandungen und über das inquisitorische Vorgehen der Einschätzungs-Kommissionen. (Der Bericht über diese Sitzung des Herrenhauses folgt. D. R.)

Schweiz.

* **Bern**, 29. März. Wie die „Schweizerische Telegraphen-Agentur" meldet, lautet das Urtheil des Schiedsgerichts in der Delagoa-Bahn-Frage dahin, daß Portugal 15,314,000 Francs zu zahlen hat.

Belgien.

* **Brüssel**, 29. März. König Leopold kehrt Donnerstag nach Wiesbaden in die Behandlung des Professors Pagenstecher zurück. Als der König Montag von Wiesbaden in Laeken eintraf, äußerte er zu einem hohen Beamten der Staatsbahn, daß der Nebel von seinen Augen nicht mehr weichen wolle. Demnach scheint dem König das traurige Schicksal allmählicher Erblindung bevorzustehen.

Frankreich.

* **Paris**, 29. März. Der Armeeausschuß der Kammer beschloß, die Präsenzstärke des französischen Heeres für den Fall, wenn die Vorlage, betreffend die zweijährige Dienstzeit, vom Parlament genehmigt werden sollte, auf 590,000 Mann festzustellen.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

Nach den neuesten Meldungen hat der Vorstoß der Engländer von Bloemfontein nach Norden schon vor einigen Tagen begonnen. Eine größere Truppenmacht soll bei Glen bereits ein Lager bezogen haben. Dies letztere mag richtig sein, aber daraus zu folgern, daß der Vormarsch nach Norden begonnen habe, verbieten innere und äußere Gründe. Erst gestern ist gemeldet worden, Lord Roberts, der erst in etwa 4 Wochen von Bloemfontein nordwärts aufbrechen wolle, werde nach Kapstadt reisen, um seine dort eintreffende Gemahlin zu empfangen. Lord Kitchener ist noch im Westen der Kapkolonie beschäftigt, das Land im Rücken der Engländer bei Bloemfontein noch keineswegs vom Feinde gesäubert, der Verpflegungs- und Nachschubdienst noch nicht gegen jede Störung durch die Buren gesichert. All das widerspricht der Meldung der „Morning Post". Wenn eine größere englische Heeresabtheilung ein Lager bei der Eisenbahnstation Glen, wenige Kilometer nördlich von Bloemfontein, etwa auf dem halben Wege nach dem Modderfluß, bezogen hat, so ist das vermuthlich aus rein technischen Gründen zu erklären, sei es, daß bei Bloemfontein Platz für die nachrückenden Truppen der Generale Clements und Gatacre geschaffen werden muß, sei es, daß die bisherigen Lagerplätze jener Heeresabtheilung gesundheitliche oder andere Nachtheile hatten.

* * *

* **London**, 29. März. Nach einer Bloemfonteiner Depesche der „Morning Post" hat der Vorstoß der britischen Truppen von Bloemfontein nach Norden am 25. März begonnen, eine Infanteriebrigade, eine Kavalleriebrigade und zwei Gardebataillone Gordon-Hochländer haben bereits ein Lager bei Glen unweit vom Modderflusse bezogen. — Die Division Gatacre wird in Bloemfontein erwartet. — Einer amtlichen Depesche zufolge begannen die Buren am 26. d. M. bei Tagesanbruch eine heftige Beschießung Mafekings. Die Belagerten erwiderten das Feuer lebhaft.

* **London**, 29. März. Feldmarschall Roberts telegraphirt aus Bloemfontein, daß General Clement bei der Besetzung von Fauresmith in einem Gruben schachte einen Neunpfünder und ein Martini-Maxim-Geschütz sowie eine große Menge vergrabener Munition aufgefunden habe. Roberts fügt hinzu, daß die Einlieferung der Waffen durch die Buren allmählig fortschreitet.

* **Kimberley**, 28. März. Gestern hat bei Warrenton, wo die Buren in großer Stärke standen, den ganzen Tag über heftiges Feuern stattgefunden. Es wurde nur ein englischer Soldat verwundet, aber zahlreiche Pferde und viel Vieh getödtet.

Kapstadt, 29. März. Der Premierminister Schreiner erklärte einer an ihn entsandten Abordnung, er habe der englischen Regierung eindringliche Vorstellungen gemacht, die gefangenen Buren nicht nach St. Helena zu senden jedoch ohne Erfolg.

* **New-York**, 29. März. Der „World" wird aus Pretoria gemeldet, Präsident Krüger habe in einer Unterredung mit dem Berichterstatter des Blattes am 7. Februar gesagt, so sicher wie es einen Gott der Gerechtigkeit gebe, so sicher werde die Tierkleur von Transvaal siegreich sein; dies könne einen Monat und könne drei Jahre dauern, aber ein anderer Ausgang sei unmöglich. Der Präsident fügte hinzu, Transvaal werde kein Eigenthum verletzen; die Minen seien so sicher wie in den Händen ihrer Besitzer. Uebrigens würde er, wenn der Mond bewohnt wäre, nicht verstehen, daß ihn John Bull noch nicht anerkannt habe.

Zur Handwerkerfrage.

(**Krefeld**, 30. März. Wie wir in Nr. 165 der „Niederrh. Volksztg." bereits mittheilen konnten, hat die Wirthschaftliche Genossenschaft der vereinigten Innungen das Friedrichstraße 25, Ecke Wilhelmstraße, gelegene große Geschäftshaus angekauft, um dort ein Innungshaus für die hierselbst bestehenden Innungen einzurichten. Am vergangenen Dienstag hat sich die Genossenschaft in das Genossenschaftsregister eintragen lassen. Gestern Abend hielt nun die Genossenschaft im Baugert'schen Lokale eine Versammlung ab, in welcher der Mitglieder der Kommission, die mit dem Eigenthümer des Hauses, Herrn Kommerzienrath Scheidt in Kettwig, über den Ankauf unterhandelt hat, Bericht erstattete. Der Kommission sei es gelungen, das Haus mit dem dazu gehörigen 150 qm großen Garten für 134,000 M. zu erwerben. Auch die Hypothekenfrage sei in der besten Weise gelöst worden. Der Ankauf müsse als ein sehr vortheilhafter bezeichnet werden. Am 1. Mai d. J. werde die Genossenschaft das Haus antreten. Die einzelnen Bureaus der verschiedenen Innungen u. s. w. könnten aber erst nach und nach dort untergebracht werden, da mehrere Miether noch bis zum Jahre 1901 Vertrag haben. In den oberen Etagen liegen sich leicht zwei Säle zum Abhalten von Versammlungen schaffen, die 200 Personen fassen könnten. Der Zustand des Hauses lasse nichts zu wünschen übrig. In dem auf der Wilhelmstraße gelegenen Theile befänden sich eiserne Treppen, Zentralheizung sowie in den Wänden Wandschränke mit Rolladen. Der Zweck des Hauses sei u. a., in demselben eine permanente Ausstellung von Ausstattungsgegenständen, die von den Mitgliedern verfertigt wären, einzurichten. Ferner sollte die Innungsbank sowie die Bureaus der einzelnen Innungen dort untergebracht werden. Um das Unternehmen lebensfähig zu gestalten, müßten noch viele Mitglieder für die Genossenschaft gewonnen werden. Nach dem kleinsten Handwerksmeister solle es ermöglicht werden, als Mitglied beizutreten. Die Genossenschaft zähle heute etwa 200 Mitglieder. Der Stammantheil betrage 100 M.; ein Mitglied könne höchstens 30 Stammantheile zeichnen. Aufnahmefähig seien alle in der Abtheilung B der Handwerkskammer Düsseldorf wohnenden selbstständigen Handwerksmeister. (In derselben gehören bekanntlich die Kreise Krefeld-Stadt und Land, Mörs, Geldern, Cleve und die zum Kreise Kempen gehörenden Bürgermeistereien Kempen, Schmalbroich, Vorst, Hüls, St. Tönis, Tönisberg, St. Hubert, Grefrath und Lobberich.) Diejenigen Handwerksmeister (wie Polsterer, Hutmacher u. s. w.), für welche noch keine Innung gebildet sei, hätten sich den freien Innungen anzuschließen, da laut Statut nur Innungsmitglieder aufgenommen werden könnten. Die

Versammlung nahm nun einen Antrag an, wonach das Eintrittsgeld bis zum 1. Juli 1 M. und vom 1. Juli bis zum 1. Januar 1901 3 M. betragen soll. Dieser Antrag solle der demnächst stattfindenden konstituirenden Generalversammlung der Genossenschaft zur Genehmigung unterbreitet werden. Zum Schlusse der Versammlung richtete Herr Obermeister Hartes einige ermunternde Worte an die Versammlung. Er führte u. a. aus, daß es noch jahrelanger angestrengter Arbeit gelungen sei, auch diejenigen Handwerksmeister für die Handwerkerfrage zu interessiren, die bisher derselben fern gestanden hätten, sodaß man mit Stolz sagen dürfe, ein frisches Leben pulsire wieder in den Handwerkerkreisen. Redner erinnerte an die großen Handwerks-Versammlungen, an die Errichtung von Innungs-, Kranken- und Sterbekassen, an die Regelung des Gesellen- und Lehrlingswesens, sowie an die Erfolge auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises und des Genossenschaftswesens. Durch die Errichtung des Innungshauses seien die Handwerker wieder einen bedeutenden Schritt weiter gekommen. Es sei dies ein schönes Zeichen dafür, daß die Handwerker-Organisation sich immer mehr entfalten werde. Ueber allen materiellen Erfolgen sollten die Handwerker aber nicht die Ideale vergessen, es gelte immer, die Standesehre hochzuhalten und sich gegenseitig zu achten und zu schätzen. Zum Schluß betonte Redner noch besonders, daß die Handwerker der Lehrlingsfrage ihr Hauptinteresse zuwenden möchten; denn zur Hebung des Standes sei es unbedingt erforderlich, daß ein tüchtiger Gesellen- und Meisterstand herangebildet werde. Nach diesen begeisternden Worten, die den vollen Beifall der Anwesenden fanden, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden, Herr Wilhelm Küppers, geschlossen.

* **Krefeld**, 30. März. Man schreibt uns: „Am Montag Abend fand hier eine Versammlung der Gesellen beschäftigenden Schuhmachermeister statt, zwecks Prüfung einer von der Lohnkommission der hiesigen Schuhmachergesellen eingebrachten Werkstattordnung mit anhängendem Lohntarif. Ein Ausschuß Gesellen beschäftigender Meister hatte die Durchberathung der Lohnlisten verschiedener rheinischer Großstädte in einer früheren Sitzung vorgenommen, und es stellte sich das Bedürfniß nach einer Ausbesserung der Gesellen, sowie auch der Meister als gerechtfertigt und nothwendig heraus. Der Meinungsaustausch ergab, daß Verfehlungen der Meister, die vornehmlich für die billigen Leute (denen es nie billig genug scheint) arbeiten, durch eine gründliche Ordnung in Lohn und Preis in Wegfall kommen. Es wurde von den zahlreich Erschienenen angenommen: eine zehnstündige Arbeitszeit, Wochenlohn für Mittelarbeiter 15—18 M., sowie der vorgetragene und in reifliche und lebhafte Prüfung genommene Lohntarif für Krefelds Schuharbeiter der Schuhmacherei in Stücklohn nebst Werkstattordnung. Es muß einem nach Gehörtem die Bescheidenheit und Ausdauer unserer Schuhmacher bei der Arbeit auffallen. Sie hätten anstatt die letzten eigentlich die ersten in ihren Bestrebungen sein dürfen, da dieses zeitraubende arbeiten, für die es keinen mechanischen Ersatz geben kann, einen so schwachen Stundenverdienst für den Meister abwirft. Die Einigkeit der Meister und der Gesellenlohnkommission zeigte, daß eine Theile es am eigenen Leibe verspürten, daß das viele und zu billige Arbeiten am wenigsten aufbringt, und darin auch der Uebelstand liegt, daß man einen brauchbaren Nachwuchs vergeblich in Stadt und Land sucht. Eine ständige Lohnkommission, bestehend aus 6 Meistern und 6 Gesellen, wurde noch in Vorschlag gebracht und einstimmig angenommen. Sie soll in Zukunft strenge auf Durchführung aller Beschlüsse achten. Man tr nte sich in der Hoffnung, zu Nutz und Frommen der schuh- und fußleidenden Menschheit und seiner selbst getagt zu haben."

Landwirthschaft und Gartenbau.

„ **Krefeld**, 30. März. Die landwirthschaftliche Winterschule hier beendigte am Samstag, 24. d. M., das 7. Schulsemester mit einer öffentlichen Schlußprüfung. Derselben wohnten bei der Vorsitzende des Kuratoriums, Herr Königlicher Landrath Dr. jur. Limbourg, die Mitglieder des Kuratoriums, mehrere Herren Bürgermeister und andere Gönner der Anstalt, sowie zahlreiche Eltern und Verwandte der Zöglinge. Der stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums, Herr Oberbürgermeister, Geheimer Regierungsrath Küper, welcher zu den Sitzungen des Herrenhauses nach Berlin gereist war, konnte leider der Prüfung nicht beiwohnen. Nach dem von dem Direktor der Anstalt erstatteten Jahresbericht war die landwirthschaftliche Schule während des Semesters 1899/1900 von 42 Schülern besucht, wovon 22 Schüler dem Unterkursus und 20 Schüler dem Oberkursus angehörten. Die Frequenz war also eine sehr erfreuliche. Die Zöglinge waren in einem Alter von 16—26 Jahren. An der landwirthschaftlichen Schule wirkten außer dem Direktor noch weitere fünf Lehrkräfte. Der Unterricht erstreckte sich in diesem Schulsemester auf: unorganische und organische Chemie, Physik, Allgemeine Thierzucht, Spezielle Thierzucht (Pferde-, Rindvieh-, Schweine-, Ziegen-, Schaf-, Geflügel-, Bienen- und Fischzucht), Molkereiwesen, Beuteriärwesen, der Landwirthschaft nützliche und schädliche Thiere, landwirthschaftliche Buchführung, Wirthschafts- und Betriebslehre, ferner Religion, deutsche Sprache, Rechnen und Raumlehre, Feldmessen, Nivelliren und Zeichnen.

Nach der Prüfung, welche von 10 bis 1 Uhr dauerte, dankte der Vorsitzende des Kuratoriums, Herr Königl. Landrath Dr jur. Limbourg, dem Lehrerkollegium und den Schülern für den während des Semesters bethätigten Fleiß und Eifer. Der Direktor der landwirthschaftlichen Schule, Herr Dr. Stetter, entließ alsdann die Schüler des Oberkursus und der Anstalt mit dem Danke an die Eltern für das entgegengebrachte Vertrauen und mit der eindringlichen Mahnung an die Schüler, das Gelernte in der Praxis zu bethätigen und einfache, sparsame, solide und tüchtige Landwirthe zu werden.

Nach der Schlußprüfung fand in den oberen Räumen des Hotel Baiern ein gemeinschaftliches Abschiedsessen statt, an welchem die Schüler, deren Eltern und Verwandte und das Lehrerkollegium theilnahmen. Herr Dr. Stetter brachte das erste Hoch aus auf Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. als den Schutz- und Schirmherrn der deutschen Landwirthschaft. Herr Landwirth Berger dankte dem Direktor und dem Lehrerkollegium für die Mühe und Aufopferung, vermöge welcher den Schülern in der kurzen Zeit so viele und nützliche Kenntnisse beigebracht werden konnten. Herr Gutsbesitzer, Stadtverordneter Blum sprach in einer trefflichen Rede hervor, in welch glücklicher Weise es die Anstalt verstehe, den Schülern nicht allein ein großes Maß an Kenntnissen für die Landwirthschaft und das öffentliche bürgerliche Leben beizubringen, sondern auch die Erziehung auf religiös-christlicher Grundlage ertrebe und so gleichsam das Elternhaus in der Erziehung der jungen Landwirthe unterstütze und ergänze. Dieses schöne Vertrauensverhältniß zwischen der Anstalt und dem Elternhaus, welches gewissermaßen auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung Theorie und Praxis miteinander verbinde, habe sich von Jahr zu Jahr immer mehr ausgebildet, das das hohe Ansehen der Anstalt in den weiten Kreisen der ländlichen Bevölkerung bekunde, wo-be in vollem Vertrauen der landw. Winterschule ihre Söhne zur Erziehung und zum Unterricht anvertrauen könne. Unter Gesängen u. Vorträgen patriotischen und landwirthschaftlichen Inhalts wurde die schöne Abschiedsfeier gegen 6 Uhr beendet.

Gerichtszeitung.

* **Elberfeld**, 29. März. Das Urtheil im Militärbefehlungsprozeß wird am Montag gesprochen werden.

* **Aachen**, 28. März. Die strengen Bestimmungen des Code pénal mußten von der hiesigen Strafkammer gegen einen Tagelöhner aus Stolberg in Anwendung gebracht werden, weil er in Neutral-Moresnet gebettelt hatte. Der Mann wurde zur 6 täglen zulässigen Strafe von sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Rheinland und Westfalen.

)(**St. Tönis**, 28. März. Zum Nachfolger für den mit Ostern von hier scheidenden Herrn Lehrer Klein ist der Schulamtskandidat Herr Paul Hoffmann, der zur Zeit in Viatoverthätig ist, von der Königlichen Regierung zu Düsseldorf berufen worden. Derselbe wird nach den Osterferien sein Amt hierselbst antreten.

Z **Neuß**, 29. März. Das neue an der Thomasstraße gelegene Postgebäude ist nun ganz vollendet. Dasselbe kann als eine Zierde der Stadt bezeichnet werden. Mit der Umlegung der Telegraphen-Leitungen ist man bereits fertig und kann mit 1. April cr. der ganze Verkehr in dem neuen Gebäude aufgenommen werden.

* **B.Gladbach**, 29. März. In den Pfingsttagen d. J. findet hier die achte Generalversammlung des Katholischen Lehrerverbandes des deutschen Reiches (Provinz Rheinland) statt. Wenn auch diesmal die Generalversammlung in einer kleineren Stadt tagt, so haben die Veranstalter derselben doch die begründete Hoffnung daß sie an guten Früchten nicht hinter den anderen zurückbleibt. Den katholischen Lehrern wird neben ernsten Besprechungen von Erziehungsfragen, neben fruchtbringender Anregung auf dem Gebiete des Unterrichtes, neben eintägiger Berathung ihres materiellen Wohles in dem schönen Städtchen B.Gladbach und seiner Umgebung auch hinreichend Gelegenheit geboten, mit gleichgesinnten Amtsgenossen sich zu erholen und unser schönes Bergisches Land etwas näher kennen zu lernen. Anziehende Orte in nächster Nähe, wie Bensberg mit dem Schlosse, der kaiserliche Hirschhof, der Dom zu Altenberg usw., sind hinreichend vorhanden. Mögen sich die katholischen Lehrer Rheinlands gerade in diesem Jahre recht zahlreich einfinden, damit auch nach außen hin gethan wird, daß dieselben fest zusammenhalten und sich nicht beirren lassen. Voraussichtlich wird die Stadt B.Gladbach zur Verschönerung des Festes ihr Möglichstes beitragen.

n **M.Gladbach**, 29. März. Gestern Nachmittag fand hier die Frühjahrskonferenz der Lehrer des Inspektionsbezirks M.Gladbach unter dem Vorsitze des Schulrathes und Kreisschulinspektors Herrn Dr. Kuland statt. Zu derselben war auch Herr Regierungs- und Schulrath Dr. Lünebo rg aus Düsseldorf erschienen. Auf Verfügung der Kgl. Regierung wurde im Anschluß an die jüngsten Ministerialverfügungen ein Vortrag über die körperliche Züchtigung gehalten. Hieran schloß sich eine recht lebhafte Debatte an über die Anlage des Strafverzeichnisses. Es wurden die Wirkungen angeführt, welche die letzten Erlasse (Bosse und Studt) in Betreff der körperlichen Züchtigung in Lehrerkreisen allgemein hervorgerufen. Zu interessanten Kundgebungen gaben die Fragen: „Was soll ich eintragen" und „Welche Vor- und Nachtheile hat das Strafverzeichniß als Aktenstück" Anlaß. In diese Debatten griff Herr Regierungs- und Schulrath Dr. Lünebo rg klärig ein. Betont wurde insbesondere, daß der amtliche Charakter des Strafverzeichnisses von recht bedenklichen Folgen sein könne, dagegen die Erfolge der Eintragungen gering seien. Dem Herrn Regierungs- und Schulrath wurde die Bitte vorgetragen, dahin wirken zu wollen, daß der Charakter als Aktenstück wegfallen und vielleicht eine Vernichtung der Aufzeichnungen nach gewissen Zeitabschnitten angeordnet werde. Der zweite Punkt betraf den Eintritt der Lehrer des ganzen Kreises in die für M.Gladbach bestehende Sterbe- und Wittwenkasse der Lehrer. Die Konferenz erklärte sich damit einverstanden und soll demnächst eine Kommission mit der Ordnung der Sache betraut werden. Aus den Mittheilungen heben wir noch hervor die Regelung der Konferenzgelder. Die Entschädigungen werden bisher von den Gemeinden, werden aber von jetzt ab vom Staate gezahlt. Der M.Gladbacher Kreiskonferenz steht für die auswärtigen Theilnehmer eine Summe von 600 M. zur Verfügung, von denen zu Diensten 232 M. angesetzt sind. Dann wurde durch ein Zirkular auf die Lösung der Lehrlingsfrage durch die Schule hingewiesen und den Oberklassen Flugblätter zur Vertheilung an die zur Entlassung kommenden Knaben überwiesen. — Mit Rücksicht auf die Neuordnung des Militärdienstes der Volksschullehrer findet am nächsten Samstag für die Lehrer, über deren Dienstverhältniß beim Militär noch nicht endgültig entschieden ist, eine besondere Konferenz im Amtszimmer des Kreisschulinspektors unter Zuziehung eines Beamten statt.

* **Köln**, 27. März. Am 21. April sind 50 Jahre verflossen, seitdem das Rheinische Kürassier-Regiment Graf Gessler Nr. 8 in Deutz in Garnison steht. Aus diesem Anlasse findet an dem genannten Tage auf dem Neumarkt eine Parade des Regiments statt, zu dem das Regiment zu Pferd und im Küraß erscheint. Dann zieht das Regiment durch die Straßen der Stadt zu seiner Kaserne, wo der Kommandeur, Oberst Willich, eine Ansprache an die Truppen halten wird. Am Abend findet im Offizierskasino ein Festessen statt, zu dem Oberbürgermeister Becker, ein Belgeordneter sowie die Honoratioren der Stadt Deutz geladen sind. Bei diesem Liebesmahl überreicht Oberbürgermeister Becker dem Offizierkorps den von der Stadt Köln aus Anlaß des Ehrentages gestifteten silbernen Pokal. Für die Bewirthung der Mannschaften hat laut „Rh.-W. Ztg." die Stadt Köln 800 M. ausgeworfen.

* **Aus Westfalen**, 27. März. Wie verlautet, wird seitens der königl. Regierung mit Rücksicht auf die letzten Ereignisse, welche sich im Industriegebiet zugetragen haben, eine vollständige Reorganisation des Polizeiwesens geplant. Man nimmt in Aussicht, daß für die Städte auf je 1200 Einwohner ein Polizeibeamter, für je 8 Polizeibeamte 1 Kommissar und für 2 Kommissare als Vorgesetzter ein Polizeiinspektor angestellt werden sollen. Manche Gemeinden, die sich bisher mit einem Polizeiwachtmeister behelfen haben, würden dazu übergehen müssen, Kommissare, wenn nicht sogar einen Polizei-Inspektor einzustellen. Die Stadt Hörde würde ihre Polizeimannschaft dann um 12 Polizeibeamten, 1 Kommissar vermehren und dazu auch einen Polizei-Inspektor anstellen müssen. Das würde eine Mehrausgabe von 25,000 M. bedeuten. Wie die „Rh.-Westf. Ztg." hört, sind jedoch die Verhandlungen noch nicht über einleitende Besprechungen hinausgekommen.

* **Bochum**, 29. März. Die hiesigen Maurer und Bauarbeiter hatten eine gemeinsame Bauarbeiterschutzkommission eingesetzt, welche die angeblich vorhandenen Mißstände bei den Bauten untersuchen und prüfen sollte. Dieselbe hat nunmehr der „Rh.-Westf. Ztg." zufolge eine Eingabe an den Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium gelangen lassen, in welcher um Abstellung der Uebelstände bei polizeilichem Wege gebeten wird.

* **Iserlohn**, 26. März. Bei den Beisitzerwahlen zum Gewerbegerichte seitens der Arbeitnehmer trugen die Sozialdemokraten den Sieg davon, da andere Kandidaten nicht aufgestellt waren.

* **Mainz**, 29. März. Bei einer Uebung der Fußartillerie wurden Trainpferde durch Gewehrfeuer scheu und gingen durch. Eine Anzahl Soldaten stürzten und wurden geschleift. Zwei sind tödtlich verletzt.

Lokales.

** **Krefeld**, 30. März. Seit Montag bereits weilen hier sieben Beauftragte des Patentamtes von Berlin, um in der hiesigen Färberei- und Appreturschule Versuche über das Verfahren des Mercerisirens der Baumwolle anzustellen. Bekanntlich schwebt bezüglich dieses Verfahrens ein Patentstreit von ganz erheblicher Bedeutung zwischen der hiesigen Firma Thomas u. Prevost und anderen Patentinhabern, bei dem es sich nicht bloß um Tausende, sondern eo. um Millionen, weil um die Nichtigkeitserklärung des einen oder des anderen Patentes handelt. Das Patentamt von Berlin scheint sich durch die Entsendung einer Kommission volle Klarheit in der schwebenden Angelegenheit verschaffen zu wollen. Die Versuche in der hiesigen Färbereischule werden in Gegenwart der betheiligten Patent-Inhaber mbst ihren Vertretern und Experten veranstaltet. An die Versuche reihen sich jeden Tag ausgedehnte Konferenzen im Konferenzzimmer der Webeschule. Die Verhandlungen werden heute Vormittag fortgesetzt.

** **Krefeld**, 30 März. Die auf Samstag, Abends 6 Uhr, im Gasthof Rothen in M.Gladbach anberaumte diesjährige Generalversammlung der Gesellschaft zur Ueberwachung von Dampfkesseln zu M.Gladbach dürfte für die Mitglieder von ganz besonderem Interesse sein. Bekanntlich sollen demnächst die bisher noch unter staatlicher Kontrolle stehenden Dampfkessel der ganzen Monarchie den „preußischen Dampfkessel-Ueberwachungs-Vereinen" zur Beaufsichtigung überwiesen werden und sollen die darauf bezüglichen Ein.elheiten in dieser Versammlung zur Vorlage und Besprechung kommen. Den Schluß derselben aber bildet der erste einer Reihe von interessanten Vorträgen aus dem Gebiete des Dampfkessel- und Dampfmaschinenbaues. welche, vom Verein ausgehend, abwechselnd in Krefeld und Gladbach gehalten werden sollen. Es ist dies eine Neuerung, die allen Mitgliedern zweifelsohne nur willkommen sein und auf das Vereinsleben anfero deutlich anregend und fördernd wirken dürfte. Herr Professor Lynen von der Kgl. technischen Hochschule zu Aachen, als Fachmann auf dem in Rede stehenden Gebiete in weiteren Kreisen wohl bekannt, hat diesen ersten Vortrag in bereitwilligster Weise übernommen. Es kann daher der Besuch der morgen bevorstehenden General-Versammlung des Gladbacher Dampfkesselvereins aufs wärmste empfohlen werden.

** **Krefeld**, 30. März. Mit dem 1. April ds. Js. tritt wie wir bereits mitgetheilt haben, die neue Bestimmung für die gemeinsame Ortsbrieftaxe in Kraft. Danach betragen die Gebühren:

a) für Briefe frankirt 5 Pfg., nichtfrankirt 10 Pfg.;
b) für Postkarten frankirt 2 Pfg., nichtfrankirt 4 Pfg.;
c) für Drucksachen bis 50 g 2 Pfg., über 50 bis 100 g 3 Pfg., über 100 bis 250 g 5 Pfg., über 250 bis 500 g 10 Pfg., über 500 g bis 1 kg 15 Pfg.;
d) für Geschäftspapiere bis 250 g 5 Pfg., über 250 bis 500 g 10 Pfg., über 500 g bis 1 kg 15 Pfg.;
e) für Waarenproben bis 250 g 5 Pfg., über 250 g bis 350 g 10 Pfg.;
f) für zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Waarenproben bis 250 g 5 Pfg., über 250 g bis 500 g 10 Pfg., über 500 g bis 1 kg 15 Pfg.

Eine gemeinsame Ortstaxe mit Krefeld haben Bockum, Fischeln, Königshof, Linn und Oppum. (Siehe auch die betr. Bekanntmachung des Kaiserlichen Postamtes im Anzeigentheil.)

Aus der Umgegend von Krefeld sind mit gemeinsamer Ortstaxe zu nennen:

Duisburg mit Ruhrort und Wanheim;
M.Gladbach mit Holt (Kr. M.-Gladbach), Müllfort, Neuwerk, Odenkirchen und Rheydt;
Neuß mit Neuerfurt;
Rheydt mit Giesenkirchen, Holt (Kr. M.-Gladbach), Müllfort, M.-Gladbach, Odenkirchen und Wickerath;
Ruhrort mit Beeck, Bruckhausen, Duisburg, Homberg und Meiderich.

Aus Anlaß der Einführung ermäßigter Taxen für Postkarten und Drucksachen im Orts- und Nachbarortsverkehr werden Freimarken zu 2 Pfg. sowie Postkarten mit Werthstempel zu 2 Pfg. und 2+2 Pfg. ausgegeben. Der Verkauf hat gestern an den Schaltern der Postanstalten begonnen. Außerdem werden zum 1. April neue Freimarken zu 1 M. für den Gebrauch des Publikums ausgegeben; neue Freimarken zu 2, 3 und 5 M. werden in den nächsten Monaten nachfolgen. — Ferner sei noch mitgetheilt, daß das Alter, bis zu dem ein Kind unentgeltlich und zwei Kinder für das einfache Personengeld mit den Posten befördert werden können, auf 10 Jahre heraufgesetzt worden ist.

rs. **Krefeld**, 30. März. Im Theatersaale der Stadthalle fand gestern Abend ein Lieder- und Duett-Abend des Künstlerpaares Anna und Eugen Hildach statt. Lieder war der Besuch ein sehr spärlicher, was mit Rücksicht auf die gebotenen künstlerischen Leistungen sehr zu bedauern ist. Das Sängerpaar gab bei dem gestrigen Konzerte Kunstvollendetes. In den ersten drei Liedern, Duette für Sopran und Bariton kamen die prächtigen Stimmenmittel der Vortragenden so recht zur Geltung; was diesen Vorträgen aber den allerreinsten Werth verleiht, ist die hübsche Vortragsweise. Hier sei nur auf die bestechend wirkende Stelle in der Schumann'schen „Tragödie" hingewiesen: „Die schwebenden Bubben, sie werden stumm, sie weinen und wissen selbst nicht warum!" Diese Glanzleistung wurde jedoch aufgenommen. — Herr Hildach sang hierauf drei Balladen; im „Erlkönig" von Loewe entfaltete er die ganze Kraft seiner mächtigen Stimme und erntete stürmischen Beifall. — Frau Hildach, die über eine kräftige, metallreine Sopranstimme verfügt, die sie bis in die höchsten Lagen frisch und anmuthig zu erhalten weiß, sang unter nicht endenwollendem Beifall die vier Schubert'schen Lieder: „An der Fremde", „Waldesgespräch", „Der Nußbaum" und „Frühlingsnacht". Eines gleich großartigen erfreuten sich die vier Kompositionen ihres Gemahls, wovon das gemüthvolle „Die Finken schlagen, der Lenz ist da", so begeisterten Beifall fand, daß Frau Hildach eine Wiederholung folgen lassen mußte. Es würde zu weit führen, die übrigen Vorträge einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Alle athmeten Natürlichkeit und Frische. Zum Schlusse sei nur noch erwähnt, daß die Duette in ansprechendster Weise von Herrn Henry Busch und die Sopran-Vorträge ganz meisterhaft von Herrn Hildach am klangreichen Rud. Ibach'schen Flügel begleitet wurden.

** **Krefeld**, 30. März. Die nächsten Aufführungen des Oberammergauer Passionsspiels beginnen in diesem Jahre am 4. Juni (Pfingsten) und dauern bis September. Fünfzig sehr schöne Aufnahmen dieser großartigen Aufführung sind von Sonntag, 1. April, an im Kaiserpanorama ausgestellt.

Der Platz für das Kaiser-Friedrich-Denkmal.

** **Krefeld**, 30. März. Der Ausschuß zur Errichtung eines Kaiser-Friedrich-Denkmals hielt gestern Abend im „Franziskaner" eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung die endgültige Beschlußfassung über die Platzfrage stand. In Verhinderung des Vorsitzenden Herrn Beigeordneten Dr. Oppermann begrüßte Herr Dr. Simon die anwesenden Ausschußmitglieder. Er erörterte dann noch einmal die in früheren Sitzungen aufgetauchten Platzfragen, mit denen sich der geschäftsführende Ausschuß eingehend befaßt habe. Ueber die offizielle Gestaltung des Bahnhofsplatzes sei nichts in Erfahrung zu bringen. Der geschäftsführende Ausschuß schlage nun dem weiteren Ausschuß als Denkmalsplatz den Schnittpunkt von Ostwall und Rheinstraße vor. Wenn das Denkmal dort Aufstellung finde, habe ein Herr 3000 M. zur Verfügung gestellt und die Adjazenten seien bereit 1500 M. für den Denkmalfonds beizusteuern. — An diese Referat knüpfte sich nun eine längere Diskussion. Herr Willmeroth sprach gegen den Vorschlag des geschäftsführenden Ausschusses und schlug den Platz Südwall-Hochstraßen-Ecke vor. — Herr Andriessen betonte, man dürfe sich nicht von der Rücksicht leiten lassen, daß auf dem Ostwall schon Denkmäler ständen, sondern nur von dem Gesichtspunkte, ob das Denkmal auch dahin passe. Er bat den Antrag des Ausschusses anzunehmen. — Herr Gieß bemerkte, nachdem der Kreiskriegerverband erklärt habe, daß das Kriegerdenkmal an seinem Platz verbleibe, schließe er sich ganz dem Antrage des Ausschusses an. — Herr Dechant Lefrane erkannte ebenfalls die Arbeit des Ausschusses an, sprach sich aber gegen den Antrag desselben aus. Er könne nicht einsehen, weshalb nur immer der östliche Stadttheil mit Denkmalern beglückt werde, man müsse auch die anderen Stadttheile bedenken. Außerdem halte er d n vorgeschlagenen Platz wegen der Nähe des Springbrunnens und des Karl Wilhelm Denkmals für wenig geeignet. — Herr Major Meinecke führte aus, bei der Errichtung eines Denkmals habe man immer Rücksicht auf die Umgebung resp. Verbindung mit monumentalen Gebäuden zu nehmen. Wenn das Kaiser-Friedrich Denkmal auf den Ostwall komme, so müsse man auch sehr mit den dort einmündenden Eisenbahnen, die ein ruhiges Beschauen des Denkmals gewiß behinderten, rechnen. Man solle die Möglichkeit nicht aufgeben, einen anderen Platz zu finden. Herr Dr. Scheffels legte die Gründe dar, welche den Ausschuß zu der Wahl des vorgeschlagenen Platzes bestimmten. Dieser Platz sei der schönste. Da nun der Westwall das schönste Denkmal in Krefeld, das Museum, besitze, sei es die höchste Zeit, daß auch der Osten bedacht werde. Maßgebend für den Ausschuß aber sei die schöne Lage gewesen. Das Denkmal müsse dort stehen, wo der meiste Verkehr sei. Herr Beigeordneter Dr. Bertram bat, bei der Wahl des Platzes doch außer Acht zu lassen, daß die Rosazeen evenil. Beiträge zeichnen wollten, man vergebe ein Denkmal doch nicht an den Meistbietenden. Der vorgeschlagene Platz sei jedenfalls der anerschönste, er (Redner) wolle aber darauf aufmerksam machen, daß dort Schwierigkeiten entstünden nach der verkehrspolizeilichen Seite hin. Namentlich würden sich die Bahnverhältnisse auf dem Ostwall in wenigen Jahren wesentlich ändern. Die jetzt provisorische Verbindung die jetzt halbstündlichen Verkehr habe, werde in Zukunft 5-Minutenverkehr nach beiden Seiten einrichten Weiter lasen auf der östlichen Seite des Ostwalls vom Bahnhof aus 2 Bahnlinien entlang, die beide einen 10 Minutenverkehr unterhalten. Eine 4. auf dem Ostwall endigende Linie sei die der Rheinischen Bahn. Außerdem sei es nicht ausgeschlossen, daß eine zu errichtende Personenbahn nach dem Linner Hafen auf dem Ostwall ihren Anfang und ihr Ende nehme. Auch komme an der Rheinstraße das Aborthäuschen nicht weg, sondern ein anderes an dieselbe Stelle. Das seien Momente die berücksichtigt werden müßten und an denen eventuell die Aufstellung des Denkmals auf dem Ostwall scheitern könne. — Herr Willmeroth trat nochmals für den Platz Südwall und Hochstraße ein. — Der Vorsitzende des Anlagenvereins Herr Grous, schloß sich den Ausführungen des Herrn Dr. Bertram an. — Herr Dr. Simon betonte, der Ausschuß habe nicht beantragt, daß das Denkmal genau auf den Kreuzungspunkt zu stehen komme Nach weiteren unerheblicher Debatte wird der Antrag des Ausschusses:

„Der Stadtverordneten-Versammlung vorzuschlagen, das Kaiser-Friedrich-Denkmal auf dem Ostwall, zwischen Rheinstraße und St. Antoniusstraße, zu errichten"

mit 23 gegen 17 Stimmen angenommen.

Herr Dr. Simon dankt für diesen Beschluß und versicherte, daß der geschäftsführende Ausschuß alles versuchen werde, die Denkmal-Angelegenheit nun auch in jeder Weise energisch zu fördern. Demnächst wird ein Aufruf an die Bürgerschaft erfolgen.

Volkswirthschaftliches und Soziales.

* **Berlin**, 29. März. Aus Anlaß des zur Zeit herrschenden Schneiderstreikes ist gestern ein Arbeitgeberverband gegründet worden, welcher in erster Linie den Zweck verfolgen soll, Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schlichten.

Handel und Verkehr.

* **Essen**, 29. März. Durch heutiges Rundschreiben entzieht der Vorstand des Kohlensyndikats den Verbandzechen nunmehr das Recht der Ausführung von Einzelaufträgen, die seit 1. August 1893 gestattet war. Die Ausführung von Einzelaufträgen habe zu Unzuträglichkeiten geführt, nicht zum wenigsten dadurch, daß mit diesen Einzellieferungen Handel getrieben worden sei. Etwa nach dem 1. April bei den Zechen eingehende Einzelbestellungen sollen dem Syndikat eingesandt werden.

J. Frank & Cie. Krefeld, 30. März 1900.
Telephon 2162.

Franko Provision.

			Geber	Nehmer		
London	ülr. 1	T. S.	20.43	20.42	Napoleond'or	16.22
Paris	Fcs. 100	T. S.	81.25	80.95	Souvereign	20.43
Belg. Plätze	„ 100	T. S.	81.15	80.85	amerik. Gold	4.18
Schweiz „	„ 100	T. S.	80.70	80.40	Noten	4.16
Italien „	Lire 100	T. S.			franzöl. „	81.05
Holland „	fl. 100	T. S.	168.30	168.40	belgische „	80.95
					holländ. „	168.50
					österreich. „	84.10

An- und Verkauf von Staatspapieren.
Ausführung von Börsen-Aufträgen in Originalbedingungen der Berliner und Frankfurter Börsen.
Wir geben die meisten Pfandbriefe zum Berl. Kurse netto, Unentgeltliche Einlösung von Kupons u. Dividendenscheinen. Unentgeltliche Kontrolle sämmtlicher verloosbarer Effekten.
Sofortige Auszahlung aller Checks.
An- und Verkauf von Wechseln auf alle europäischen und überseeischen Plätze.
Bereitwillige Auskunft-Ertheilung über das Bankfach betreffende Fragen. — Geldwechsel.

Peters & Co.
Aktienkapital M. 15,000,000. Reserve M. 2,650,000. Krefeld, 29. März.

Wechsel.			Briefe	Geld	Geldsorten	Briefe
Amsterdam Rotterdam	100 Gulden	t. S.	168.80	168.40	souveraine	20.40
		2 M.			englische Noten	20.42
Antwerpen Brüssel	100 Frc.	t. S.	81.15	80.85	20-Frc.-Stücke	16.20
		2 M.	—	—	5-Frc.-Stücke	4.00
London	1 L.	t. S.	20.46	20.42	französ. Noten	81.05
do.	1 L.	2 M.	—	20.23	belgische „	80.90
Paris	100 Frc.	t. S.	81.25	80.95	holländ. „	168.10
do.	100 Frc.	2 M.	—	—	amerikan. Gold	4.18
Italienische Plätze		t. S.	76.25	75.65	Noten	4.16
do.	do.	2 M.	—	—	österreichisch. „	84.20
Schweiz. Pl.	100 Frc.	t. S.	80.70	80.40	holländische „	80.30

Unentgeltliche Entgegennahme von Zeichnungen auf alle zur Ausgabe gelangenden Aktien, Staats- u. andere Papiere.
Annahme von Depots unter eigenem Verschluss des Besitzers: „Safes".
Unentgeltliche Auskunft über alle Werthpapiere.
Kostenlose Einlösung sämmtl. Kupons u. Dividendenscheine; **Kontrole der Auslosung.**
Fast alle 3½% und 4% Pfandbriefe erstklassiger deutscher Hypothekenbanken erlassen wir zum Berliner Tageskurse frei von allen Spesen. — Geldwechsel.

Seide.						
* **Krefeld**, 29. März. Bericht der Seidentrocknungs-Anstalt. Es sind heute zur Konditionirung gekommen 24 Kos 1599 Ko. Vom 1. bis 29. März 662 Kos 47.845 Kg. Total 686 Kos. 49.444 Kg.						
Baumwolle.						
* **Bremen**, 29. März. Upland. middl. geräuft 52 Pfg.						
* **Bauer**, 29. März. Baumwolle. Bau 6½ Fr.						
Frucht- und Viktualienmarkte.						
* **Neuß**, 29. März. Getreide. Morgen, 4. Juli 15.80, 2. 15.30, 3. 14.80 M., Roggen 1. Juli 14.30, 2. 13.50, 3. 12.80 M., Hafer 14.00, Kartoffeln 2.50 3.30 M., per 50 Kilo 3.20 3.70. Weizenstroh per 500 Kilo 10.00, Roggenstroh 13.00 M., Heu per 100 Kilo 1. Qual. 00.00 M., 2. Qual. 00.00 M., Kübsl per 100 Kilo ohne Faß 100 Ltr. 58.25, Rüböl per 100 Kilo faßweise 59.75, ge-reinigtes Oel per 100 Kilo 3.00 M. höher als Rüböl. Petroleum per 1000 Kilo 106 M., Eier per 50 Kilo 5.50 M., Butter per Kilo 2.20 M., Eier 25 Stück 2.15 M.						
* **Meldern**, 29. März. Getreide. Weizen 1. Qual. M. 16.30 2. 16.11 3. 15.83, Roggen 1. Qual 15.51, 2. 15.15, 3. 14.88, Gerste 1. Qual 14.67, 2. 14.33, 3. 14.00 Hafer 17.09 M., Kartoffeln 1. Qual. 15.00, 2. 14.50, 3. 14.00 Kartoffelmehl 0.00 0.00 M. per Kilo, Kartoffelstärke 5.00 M. per 100 Kilo, Heu 3.30 M. per 100 Kilo, Stroh 2.30 M. per 100 Kilo, Eier 5 Stück 0.80 Butter per Pfd. 1.00 M.						
* **Kanten**, 29. März. Getreide. Es notirten heute in Mark 1. Qual 15.28, 2. 00.00, Weizen 14.22, Buchweizen 18.78, Hafer 13.75, Gerste 15.63, Kartoffeln 5.50 M. per 100 Kilo, Heu 6.— bis 6.20 M. per Kilo, die 100 Pfd. Butter 0.90 M. per Pfd. Eier 12 St. 0.78 M., 5 Kilo Erbsen 0.84 M.						
* **Xanten**, 30. März. Dem gestrigen Schweinemarkte waren zugeführt 4300 Pfd. Butter à 0 4300 Pfd. Eier. Die Butter wurde mit 0.85 0.95 per Pfd., die Eier mit 0.65 0.70 per Pfd. bezahlt. Käse 45 48 Pfg. per Pfd. Ob mer 1.50 1.70 M., junge Hühner 0.00 0.00 M., junge Schweine 0.00 per Stück. Nächster Markt: Donnerstag, 5. April.						

Getreidepreise, veröffentlicht von der Zentralstelle der preuß. Landwirthschaftskammern
vom 26. März 1899.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Uckermark	138 142	130 137	125 130	120

Handel und Verkehr.

Berlin, 29. März.

Wechselkurse.

Wien	8 Tage	84.05	Kopenhagen	8 Tage	111.90
	3 Monate	83.55	Petersburg	8 Tage	215.05
Madrid	14 Tage	62.50		3 Monate	212.80
	60 Tage		Warschau	8 Tage	215.60

Weitere **Wechselpreise** siehe Börsentelegramm in der gestrigen Abendausgabe.

Fonds und Staatspapiere.

Deutsch. Reichs-Anl.	3½	96.60	Altenaer do. 97	4	99.60
do. do.	3	86.00	do. 1899	4	99.00
do. do.	3	86.90	Köln. Stadtanl. 86	4	94.20
Preuß. Kons. Anl.	4	96.60	do. do. 98	4	94.50
do. do.	3½	96.10	Rheinprov. Cons.	4	93.25
do. do.	3	86.50	do. V. VII.	4	93.75
do Staats-Schuldsch.	3½	00.00	do. X. XII. XVII.	4	93.75
Berm. Stadt-Anl.	4	00.00	do IX. XI. u. XIV.	4	96.10
Berliner Stadt-Anl.	4	00.00	do. XVIII.	4	92.00
Mülheim Stadtanl.	4	00.00	do. XIX. unk. 1908	4	92.00
do. do. v. 90	4	00.00	do. XXI.	4	101.60
Duisburg 82, 85, 89	4	91.50	Cottbus. 89-95-Rente	4	94.10
do. von 1895	4	91.50	do. Prov.-Rente	4	98.00
Elberf. Stadt-Anl.	3½	00.00	do Sch.-Rente	4	98.00

Hypotheken-Pfandbriefe.

Ld. Hyp. Pfd. unk.	4	99.50	Pr. Comm.-Obl. 87 u. 90	4	92.20
" " unk 1905	4	92.00	" 1896 unk 1905	4	92.50
" " unk 1906	4	92.25	" Ser. XV-XVIII	4	99.50
Pom. 4-5% 1905 uk	4	98.25	" " XIX-XX	4	99.50
" 1906 uk	4	92.25	" " XVII 1905	4	92.00
Preuß. 6-4% I. II.	5	114.25	" " XVIII 1905	4	92.00
" " III.	5	107.80	" " XVIII 1906	4	100.00
" " IV.	5	99.20	" " XX 1906	4	100.00
" " V.	5	92.50	Rhein. Hyp.-Pfdbr.	4	91.75
Preuß. Ztr.-Pfd. bk.	4	92.00	" unk 1904	4	91.60
" 1899 unk 1905	4	92.00	Pfdb. Bod.-Kr. 1905	4	100.00
" 1898 unk 1905	4	99.50	" " 1905	4	100.00
" 1898 unk 1906	4	91.80	" " 1906	4	100.00
" 1899 unverlosb.	4	100.70	" " 1907	4	100.00
			" " 1909	4	100.30

Bank-Aktien.

Nach. Diskonto-Ges.	5	131.23	Essener Credit-Anst.	5	143.75
Nordseebanner Bank	5		Köln. Wechslerbank	5	105.50
Bank f. elektr. Unter.	5	130.50	Mülheimer Bank	5	107.75
D. ost. Ka.-Gesellsch.	5	112.50	Barmer & Co. Frechen	5	125.25
Barmer Bankverein	5	127.25	D. ost. Ka.-Ges. &	5	125.50
D. g.-Mo.-Liche	5	156.50	ccrenb Boer.-Ver.	5	130.75
Berg.-M. Ind.-Ges.	5	000.00	" Ztr.-B.-Kred.	5	162.50
Berl. Disc.-Bank	5	118.20	" Hyp. Akt.-Ges.	5	130.75
" Wechsel-Bank	5	107.10	" Plauder-Ges.	5	117.90
Deutsch. Eis. u. Ges.	5	128.40	Siegbahnbank	5	119.10
" Immob.-Ges.	5	112.40	Rhein. Ges. Mülheim	5	152.40
" Ges. f. elektr. Unt.	5	118.10	Rhein.-W.-Ind. B.-G.	5	127.00
" Hyp.-B. Berl.	5	112.50	Schaaffh. Bankv.	5	138.25
Berlin. Handelsges.	5	172.00	Schl.-Holst. Bankv.	5	144.75
Düsseldorfer Bankv.	5	125.00	Westdeutsche Bank	5	126.60
Elberfelder Bankv.	5	125.60	Westfäl. Bankv.	5	118.80

In- und ausländische Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Maastricht	4	133.75	Gotthardbahn	5	142.25
Deutsche Eisenbahn	5	137.00	Italien. Südbahn	3	000.00
Dortm.-Gr.-Enich.	5½	183.90	" Mittelm.	3	100.10
Düsseld.-Bücken	4	153.25	Jura-Sim. unag. Bb.	4	89.00
Hetto Eisenbahn	5	122.40	Kattisch-Bimburger	4	00.00
Marschau-Wiener	5	000.00	Ost. Ka.-Prinz.-Bahn	4	116.75
Amsterdam-Rotterd.	4	109.25	Schweiz. Nordostb.	4	145.10
Canada-Pacific	4	94.25	" Nordostb.	4	80.25
Nordb. Facif. E.-B.	4	78.50	" Unionb.	4	

Industrie-Aktien.

Accumul. Berlin	11	141.40	Hamburg. Packet	15	128.60
Allgem. Elektrizität	10	254.75	Hein.-Mühlen	6	119.00
Bank f. Bgb. u. Ind.	6	75.00	Hörde & Co.	6	380.00
Bismarckhütte	10	000.00	Hoesche Eisen	6	169.25
Colonia Bergw.-Ges.	12	339.75	Niederrh. H. Spier	6	182.00
Concordia Spinnerei	17	218.25	Nordd. Lloyd (100)	6	126.75
Consolidation	4	403.00	Phön. A. G. f. B.	6	225.75
Dahmen ausm.-Sieke	6	165.50	Rhein. Chamotte	6	149.60
Deutsch. Gas-Gesellsch.	12	210.00	Rhein.-Westf. Kalkw.	6	135.75
Dortm. Akt.-Brauerei	0	000.00	Schaffert Berl. Kr.	6	232.00
" Germ. Brauerei	12	201.00	Stolberg Zinkh.-G.	6	222.00
" Löwenbrau	12	240.00	Stolb. Zink A.-G.	6	167.00
Union-Brauerei	0	000.00	Tucht. Aachen ung.	6	82.50
Dynamite Trust	6	156.90	A.-Wien.-Kattw. Bahn	6	209.10
Eschweiler Bergw.	15	280.50	Voigt. Spinn. Berlin	0	000.00
" Stl. unp.	14	26.00	Westf. Draht-Ind.	6	227.40
Gel. Lederfe Unterm.	10	150.60	Westf. Stahlwerke	6	256.00
Gronsbroich Masch.	10	116.00	Wetterer Kohlwerk	6	283.00
Hagen. Gußstahl	6	139.75	Worms-Jerdier	6	154.75

Schuldverschreibungen von Industrie-Gesellschaften.

A.-G. f. Mont.-Ind	4	96.25	Hörder Hütte	4	99.75
Allg. E. Elektrizität	4	000.00	Krappitzer	4	99.50
Dortmunder Union	4	97.50	Laura-Hütte	4	91.50
	4	111.00	Nordd. Lloyd	4	00.00
Düsseld. Draht-Ind.	4½	00.00	Rh.-Westf. Kalkwerke	4	110.75
Elberf. Farbfabrik	4½	99.50	Schalker Gr. u. H.	4	00.00
Gelsenkirchener	4	96.00	Schuckert Elektr.	4	99.80
Harpener	4	98.75	Siemens & Halske	4	98.50
	4	00.00	Westf. Draht-Ind.	4	99.25

Ausländische Wechselpreise.

* Antwerpen 99 Frcs. Wechsel. Deutsche Bankplätze kurz 123.20. London kurz 25.19½. Check 25.25. Check London, Mittelkurs 25.25. Check Paris 100.15. Auszahlung Frankfurt (Reichsbank-Giro) 123.20. Deutschland 3 Mt. 123.25. Privat-Wechselzinsfuß 4 Proz.

* Amsterdam 99 Mille. Wechsel. Paris Check 48.16½. 1.48.16½. Reichsbankzinsfuß 59.27½. Deutsche Banknoten kurz 59.20. Österr. 58.15. Petersburg 3 Mt. 125.00.

* Wien, 29. März. Deutsche Plätze 119.67. Banknoten 118.67.

* Rom, 28. März. Wechsel auf Berlin 131.60.

* Mailand, 29. März. Wechsel auf deutsche Plätze, lang. 131.50, auf Paris, lang. 105.90.

Für den Inseraten- und Reklamentheil verantwortlich: J. Keller.

Das erste und das zweite Blatt der Sonntagsnummer bilden die nächste Ausgabe der Niederrh. Volkszeitung.

Achtung!
Suche fleißige, redegewandte Herren
für den Verkauf eines leicht ablegbaren Artikels **gegen gute Provision.** Off. unt. **F. K. 1000 an Haasenstein & Vogler** A.-G., Hamburg, erbeten. 5867

Junger Mann,
welcher 6 Jahre als Verkäufer und Lagerist in einem Tapeten-Geschäft thätig war,
sucht Stelle,
gleichviel welche.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes. 6044

Eine neue lange
Karre,
auf Federn ruhend, für Gemüse-Händler oder Gärtner sehr geeignet, billig zu verkaufen,.
Näh. in der Geschäftsstelle d. Bl. 6176

Existenz.
Ein seit 50 Jahren am hiesigen Platze bestehendes
Wein- u. Liqueurgeschäft
ist per sofort oder später unter den günstigsten Bedingungen zu übernehmen.
Offerten unter W. K. 6116 an die Geschäftsst. d. Bl.

Zum 1. oder 15. Mai suche ich für meinen größeren Haushalt eine tüchtige, erfahrene ältere
Köchin,
kathol. Bei Zufriedenheit ganz selbstständige dauernde Stellung und gutes Salair. 6135
Frau C. F. Stein,
Essen (Ruhr),
Limbeckerchaussee 1/3.

Suche zum baldigen Eintritt ein zuverlässiges, kathol.
Mädchen
gesetzten Alters, welches im Kochen u. in allen Hausarbeiten, sowie in der Kinderpflege erfahren ist. **Hoher Lohn.**
Gefl. Offert. unter X. Y. 6159 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein braves, in Küche und Hausarbeit erfahrenes
Mädchen
zu Ostern gegen hohen Lohn gesucht
Frau Fr. Amrhein,
Rheinstr. 126. 6089

In kleiner Haushaltung wird zu Ostern oder später ein properes fleißiges
Mädchen gesucht.
Karlsplatz 24.

Familien-Nachrichten.

Geboren: Dr. Quandbeck, Duisburg, ein Mädchen.

Gestorben: Geh. Regierungsrath Karl Hübner, 83 J., Breslau. — Mädchen Brill, 23 J., Cuddenbüchel. — Metzgermstr. Friedrich Wagener, 64 J. — Wilhelm a. d. R. — Rittergutsbesitzer Arthur Ferno, 85 J., Hagen. — Heinrich Strunk, 23 J., Meerbusch-Hausen. — Geh. Regierungsrath Dr. Paul Fuhrmann, Wiesbaden. — Theodor Linden sen., 76 J., Elberfeld. — Gerhard Bäcker sen., 86 J., Sturum. — Rittmeister d. L. Gustav Adolf Wesenfeld, 42 J., Barmen. — Emma d'Hauterive, 83 J., Hamm i. W. — Kaufmann Dorn, 82 J., Düsseldorf. — Hugo La Porte, 61 J., Barmen. — Constanze Jüttner, geb. Wilckes, 65 J., Münster.

Nachdem die zu Nerdingen bestandene Kommanditgesellschaft unter der Firma „Rheinische Röhrendampfkessel-Fabrik A. Büttner & Cie." in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden ist, wurde die erstbezeichnete Gesellschaft und die dafür eingetragenen, dem Halvor Breda, Hermann Rath, Franz Engelting und Theodor Delius, alle in Nerdingen, ertheilten Prokuren heute im Handelsregister gelöscht.

Nerdingen, 26. März 1900.

Königliches Amts gericht.

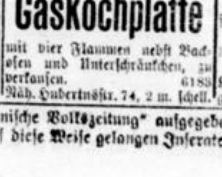
Frischen Rheinsalm,
„ Ostender Seezungen,
Steinbutt,
gemäst. Tafel-Geflügel,
Kapaunen, junge Hahnen,
Suppenhühner,
Poulets, Poularden
empfiehlt
M. Coopmans
6191 Hochstraße 95.

Prima Schwarz- und Mang-Brod
hergestellt aus den feinsten Roggen-Mehlen in **unerreichter Güte** empfiehlt
Joh. Joeres,
Maschinen-Bäckerei, 6166
Breitestraße 51.

Säulen,
Fenster und anderen Bauguß
liefert schnell und preiswerth
Niederrheinisches Eisenwerk, Dülken.
Spezialität:
Roststäbe mit Stahlbahn.

Dr. Oetker's
Backpulver 10 Pfg.
Vanillin-Zucker 10 Pfg.
Pudding-Pulver 10, 15, 20 Pfg.
Millionenfach bewährte Rezepte gratis von den **besten** Kolonialwaaren- und Drogen-Geschäften jeder Stadt. 5711
Lager bei:
Friedrich Climes.

Nur 10 Mark!
frachtfrei jeder Bahnstation
Kasten 50 Mtr. — 1 Mtr. breites — bestes verzinktes Drahtgeflecht zur Anfertigung von **Gartenzäunen,**



Hühnerhöfen, Wildparkern. Man verlange Preisl. Nr. 75 über alle Sorten Geflecht, Stachel- u. Spalierdraht nebst Gebrauchsanleitung u. Empfehlungen gratis von
J. Rustein. Ruhrort a. Rh.

Eine noch gut erhaltene
Gaskochplatte
mit vier Flammen nebst Backofen und Unterschränkchen, zu verkaufen. 6183
Näh. Hubertusstr. 74, 2 m. schell.

Bekanntmachung.

Vom 1. April ab findet auf den Postkarten (Briefe, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben) von **Krefeld** nach **Bockum bei Krefeld, Fischeln, Königshof (Kr. Krefeld), Linn** und **Oppum** die **Ortstaxe** Anwendung. Die Ortstaxe erstreckt sich auch auf die Briefsendungen **nach oder aus den zum Bestellbezirke der betreffenden Postorten gehörigen Ortschaften** 2c.

Krefeld, den 29. März 1900.

Kaiserliches Postamt.

Gerichtlicher Verkauf.

Am Samstag, den 31. März, Vormittags 11 Uhr, werde ich in dem Hause **Fischelnerstraße 1** hierselbst:

Das gesammte noch sehr gut erhaltene Wirthschafts-Inventar, als: Mahagoni-Bierbuffet, Glasterrak, Pianinos, Billard, Wirthstische, 70 Wienerstühle, Regulir- und Mantelöfen, Oelgemälde, Fensterverhänge, Spiegel, Kronleuchter, Sopha, Kleider- u. Leinenschränke, Vertikowb, 8 komplette Fremdenbetten, Waschkommoden, Wein- und Biergläser, Porz. Tafelgeschirre 2c.

meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Zimmermann, Gerichtsvollzieher in Krefeld.

Leistungsfähigkeit der Rösterei über 200 Ctr. täglich. Ueber 600 Verkaufsstellen.

Fuesers' Kaffee.
„Vom Guten das Beste."
Hierdurch zeige ich ergebenst an, dass ich eine **Spezial-Niederlage** der ausgezeichneten Sorten gerösteten Kaffees der
Kaffee-Gross-Rösterei
Ferd. Fuesers, Dülken,
gegründet 1858,
übernommen habe.

Die Firma Ferd. Fuesers besitzt **die modernste Kaffee-Rösterei der Welt,** sie ist **die leistungsfähigste Firma für Ia. geröstete Kaffees.**

Besonders empfehlenswerthe Marken:

„Hausfrau" (gesetzlich geschützt)	per Pfd. M.	1.—
Konkurrenz Perl	" " "	1.20
Guatemala-Mischung	" " "	1.50
West-Indisch-Mischung	" " "	1.60
West-Indisch-Mischung (extra)	" " "	1.70
Java-Blümchen	" " "	1.80
Allerfeinste Java-Mischung	" " "	2.—

Hochachtend
Karl von Gartzen, Krefeld,
Friedrichstrasse 34.

Aloisianum in Gelsenkirchen,
kath. Anstalt m. d. Klassen des **Progymnasiums** u. Nebenklassen d. **Realschule.** 10 Lehrer. Geistl. Leitg. Dr. theol. **Klein, Konvikt.** Pension 500 M., mit 14 Jahr. 400 M., Schulgeld 100 M. **Spieker,** Rektor. 8346

Soeben wieder eingetroffen:
Löbl. Frühstücks-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
bei **MAGGI**
Wwe. Math. Ix, Stephanstr. 31.

Civilstand der Gemeinde Krefeld.

Geborene.

21. März. Selina Wilhelmine, T. v. Karl Frank Schneidermstr. — 24. März. Johannes Adolph, S. v. Bernhard Lenz, Appreturgehülfe. — Martha, T. v. Heinrich Gysen, Appreturmeister. — Frieda Gertrud, T. v. Otto Weber, Eisenbahnbetriebssekretär.

25. März. Maria Gertrud, T. v. August Seifried, Schlossergeselle. — Viktor, S. v. Isaak genannt Julius Supiero, Kartonnagefabrikant. — Maria Aurelia, T. v. Sebastian Heinen, Fabrikweber. — Maria Luise Hubertine Gertrud, T. v. Mathias Krahwinkel, Polirergehülfe. — Hellmuth, S. v. Wilhelm Bußemer, Reisender. — Gerhard Walther, S. v. Robert Otten, Lokomotivheizer.

26. März. Johanna Katharina, T. v. Christian Porps, Fabrikweber. — Maria Gertrud, T. v. Heinrich Kaiser, Fabrikwbr.

27. März. Anna Sophia, T. v. Wilh. Greven, Fabrikweber. — Olga Julie Franziska, T. v. Hugo Reichert, Geschäftsreisender. — Paula Maria, T. v. Hermann Ippers, Appreturgehülfe. — Anna Katharina, T. v. Mathias Esser, Sattler- u. d Polsterermeister. — Maria Katharina, T. v. Joseph Maaßen, Ackerer.

28. März. Ludolf Friedrich Alex, S. v. Friedrich Goffart, Kartonnagefabrikant.

Verkündigungen.

27. März. Johann Heinrich Hoff, Wwr. von Johanna Alwine Hahn, Färbergeselle, und geschied. Ehefrau Peter Paul Spitz, Maria Magdalene geb. Pützlen, d. h.

28. März. Hans Ernst Richard Lesser, Kaufmann zu Schmalkaden, und Margaretha Maria Flaskamp, hier.

Verehelichte.

27. März. Ludwig Blok, Viehhändler, und Selma Schmeyer. — Hermann Wilhelm Thoelen, Verwalter, und Anna Barbara Schillberg.

28. März. Gustav Adolf Kothe, Ingenieur, und Johanna Böninger.

Gestorbene.

25. März. Max Weiden, 1 J. 4 M. — Seligmann Bruckmann, Ehem. von Henriette Lehmann, 58 J. — Elisabeth Nickeleben, ledig, 75 J. — Geschiedene Ehefrau Christine Müller, geb. Albertini, 63 J. — Anna Friederike Kempf, 13 J. — Josephine Ritterdecks, 11 M.

26. März. Peter Johann Hilgers, 11 J. 6 M. — Ehefrau August Effers, Wilhelmine geb. Stiefmann, 60 J.

27. März. Ehefrau Wilhelm Schurmann, Elise geb. Krausch, 30 J. — Martin Thoelen, 6 J. 2 M.

28. März. Johann Heinrich Hubert Wenkamp, Ehem. von Klara Fritsche, 52 J. — Ehefr. Heinrich Schupp, Margarete geb. Reichert, 41 J.

Konzert-Gesellschaft.
VI. Abonnement-Konzert
Palmsonntag, den 8. April 1900, Abends 6 Uhr,
im großen Saale der Stadthalle,
unter Leitung des Königl. Musikdirektors
Herrn Th. Müller-Reuter.

Programm:
Requiem
von Mozart.
Magnificat
von Bach.
Solisten:
Sopran: Frl. **Weta Geyer** aus Berlin.
Mezzosopran: Frau **Eugen Vogelsang,** Krefeld.
Alt: Frl **Gabriele von Pirch** aus Elberfeld.
Tenor: Herr **Ed. Pinks** aus Leipzig.
Baß: Herr **Wilhelm Fenten** aus Mannheim.
Orgel: Herr **L. Brüning,** Krefeld.

Einzelbillets zu M. 5.—, 3.—, 2.50 und M. 1.— sind in **F. Schuckerts Musikalienhandlung** (C. Nettke), und Abends an der Kasse zu haben. 6200

Das Konzert-Komitee.

Volks-Verein
für das
kath. Deutschland in Krefeld.
Pfarrbezirke
von St. Joseph und St. Johann.
Sonntag, den 1. April 1900, Abends punkt 8 Uhr:
Grosse Versammlung
der beiden Pfarrbezirke in der
„Oelmühle",
Oberstraße.
Die Mitglieder und Freunde des Volks Vereins werden hiermit dringend eingeladen.
Der Geschäftsführer:
Krüsemann, Rechtsanwalt.

Café Breidenbach
Südwall 20, Südwall 20,
5646 hält sich bestens empfohlen.

Heringsalat
(auf Wunsch auch ohne Fleisch),
Hummer- und Salm-Mayonnaisen, Remouladen-Sauce, Astrachan-Kaviar, Bismarckheringe, Heringe in Gelee, Delikatessheringe in verschiedenen Saucen, Aal in Gelee, Oelsardinen (feinste Marken), Sardinettes à la Russe, Anchovis, Appetit-Süd, Nordseekrabben, Kieler Sprotten, Kieler Bückinge.
Fein arrangirte Käseschüsseln,
Roquefort surchoix (de la Société), Brie, Neufchateller, Gervais, Camembert, Chester, Gorgonzola, Parmesan, Steppenkäse, Gouda, Edamer, Kümmel-Edamer, Kantert, Emmenthaler 2c. 2c.
Frischen westfälischen Pumpernickel, Berliner Pumpernickel in Dosen 2c. 2c. empfiehlt
Pet. Dresen,
Lindenstraße 5. 9578 **Telephon 879.**
NB. Täglich frisch: Französischen Kopfsalat, Endivien 2c.

Math. Brocker's Buchhandlung,
Telephon 514. Hochstraße 100.
Große Auswahl in
Geschäftsbüchern,
sowie 8004
Anfertigungen nach besonderen Linaturen prompt und billig

Collegium Hubertinum.
Kath. höh. Lehr- u. Erziehungsanstalt nebst Pensionat in **Godesberg** bei Bonn. (Gegründet 1871). Gymnas.- u. Real-Abtheilung. Vorber. z. Einjähr.-Freiwill.-Examen. Nachhülfe. Auch Pension 2c. für Schüler des Gymnas. und der Oberrealschule in Bonn (Günstige Bahn- und Tramverbindung). Prospekte u. Referenzen durch Pfarrer **Dr. Winter** und Inspektor **J. Ferbers.** 5963

Stadttheater.
Freitag, den 30. März 1900 (außer Abonnement):
Gastspiel
des Dr. Heine-Ensembles.
(Ibsen-Theater).
Neuheit! Neuheit!
Wenn wir Todten erwachen.
Dramatischer Epilog von Henrik Ibsen.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Samstag, den 31. März 1900:
Geschlossen.

Kaiser-Panorama,
Hochstraße 122,
Ecke der Poststraße (Parterre)
Diese Woche:
Das malerische Tyrol
von Klausen bis Meran.

Mehrere tüchtige Schlosser-Gehülfen,
sowie Schleifer und Hülfsarbeiter
gesucht.
Binnewirtz & Meier,
Ofen- und Herdefabrik.
6177 **Friedrichstr. 46.**

Schweizer-degen
mit guten Zeugnissen **sucht Stelle** in einer Krefelder Buchdruckerei.
Näheres in der Geschäftsstelle der „Niederrh. Volksztg." 6141

Ein zuverlässiger
Mann
welcher gut mit Pferden umgehen kann, **gesucht.** Gute Zeugn. erforderlich.
Näh. in der Geschäftsstelle d. Bl. 6147

Ein kathol. Gymnasiast
findet nach Ostern
gute Pension
event. Nachhülfe
in sehr ruhigem, besserem Hause Krefelds.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes. 6194

Ordentl. Bäckergeselle,
in Bäckerei und Konditorei erfahren, **sucht Stelle.**
Offerten unter J. M. 6193 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Eine erfahrene
Gehülfin
und ein Lehrmädchen,
kath., für Kolonialwaaren-Geschäft auf Ostern gesucht. Gute Zeugnisse erforderlich.
Offerten unter J. K. 6066 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Heirath.
Ein Wittwer, kath., 3 Söhne, Besitzer eines Ackergutes verbunden mit flottgehender Schankwirthschaft, wünscht sich wieder zu verheirathen. Damen, auch kinderlose Wittwen, die geneigt sind, auf dieses streng reelle Anerbieten eingehen zu wollen, mögen vertrauensvoll ihre Offert. unter H. K. 6198 an die Geschäftsstelle d. Bl. gelangen lassen.
Es wird mehr auf passende, ansehnliche und gut religiöse Person als auf Vermögen gesehen. Strengste Diskretion Ehrensache.

Wasserstands-Nachrichten.

Bingen, 28. März. Rheinhöhe Morgens 9 Uhr 2,67 Meter, gefl. 0,16 Meter.

Koblenz, 29. März. Rheinhöhe Morgens 6 Uhr 2,85 Meter, gefl. 0,13 Meter.

Köln, 29. März. Rheinhöhe Vorm. 11 Uhr 3,08 Mtr., gefl. 0,00 Mtr.

Duisburg, 29. März. Rheinhöhe Abends 6 Uhr 2,32 Mtr., gefl. 0,08 Meter.

Ruhrort, 29. März. Rheinhöhe Mittags 12 Uhr 2,66 Mtr., gefl. 0,13 Mtr.

Nymwegen, 28. März. Waalhöhe Morgens 8 Uhr 9,24 Mtr., gefl. 0,52 Mtr.

Arnheim, 28. März. Rheinhöhe Morgens 8 Uhr 9,29 Mtr., gefl. 0,24 Mtr.

Zur gefl. Beachtung! Für die „Niederrheinische Volkszeitung" aufgegebene Anzeigen werden auch einmal kostenlos in den in einer Auflage von 11,300 Exemplaren erscheinenden „Crefelder Stadt-Anzeiger" aufgenommen. Auf diese Weise gelangen Inserate der „Niederrheinischen Volkszeitung" in 18—20,000 Haushaltungen und Familien und in Hände von etwa 60—70,000 regelmäßigen Lesern.